Nr. 271 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 138

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Konpareillezeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 11. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Dreitägiger Generalstreik in Bayern.

München, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Eine Kommission der Gewerkschaften, Betriebsräte und der drei sozialistischen Parteien hat soeben — nachmittags — den Generalstreik beschlossen und folgenden Aufruf erlassen: An die werktätige Bevölkerung Münchens! Die Folgen einer systematischen Hetze gegen die Arbeiterschaft Bayerns (Mordanschläge auf führende Genossen) zwingen zum raschen Handeln. Die Arbeiterschaft Münchens wird hiermit, entsprechend einem einmütigen Beschluß der Organisationen, aufgefordert, in einen dreitägigen Generalstreik einzutreten und ihn restlos durchzuführen. Beginn: Freitag, den 10. Juni, nachts 12 Uhr, Ende: Montag, den 13., nachts 12 Uhr.

München, 10. Juni, abends. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Streikparole ist in den Betrieben mit Ruhe und Entschlossenheit aufgenommen worden. Der erste Streiktag wird ein Massenmeeting der Arbeiter im Ausstellungspark an der Theresienwiese, wo die „Bavaria" steht und Kurt Eisner die Republik proklamiert hat, bringen. Die polizeiliche Genehmigung ist zwar bis zur Stunde verweigert, doch scheint das Ministerium dem Druck der drei sozialistischen Parteien nachgeben zu wollen. Ob irgendwelche Forderungen an das Ministerium Kahr gestellt werden, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden. Trotz des Streiks erscheinen beide sozialistischen Blätter — „Münchener Post" und „Der Kampf", die „Neue Zeitung" (VKPD.) ist seit dem mitteldeutschen Aufstand unterdrückt —, mit Genehmigung der Streikleitung, unter der Bedingung, daß kein Inserat aufgenommen, der Inhalt auf sozialistische Propaganda beschränkt und keine Geschäftsmache damit getrieben wird. Der Streik soll lediglich ein Ausdruck der Empörung der Münchener Arbeiterschaft über die Hetze zum Mord und Totschlag unter dem Schutze der bayerischen Regierung sein.

München, 10. Juni. (Eig. Drahtber. des „Vorw."). Die Generalstreikleitung hat sich konstituiert. Die Landesleitungen der sozialdemokratischen Parteien in Bayern haben die Ausdehnung des Streiks auf das gesamte Landesgebiet beschlossen. Der Generalstreik gilt als Auftakt einer parlamentarischen Aktion zur Erlangung bindender Garantien gegen weitere Duldung der Haß- und Mordpolitik der letzten Monate.

Der Belagerungszustand gegen links!!

München, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Auf Befehl der Pöhnerschen Polizeidirektion hat das Telegraphenamt sämtliche Fernsprechleitungen nach dem Gewerkschaftshaus, dem Sitz der Generalstreikleitung, gesperrt. Die Polizei hat im Gewerkschaftshaus nach Generalstreikflugblättern gehausucht, sie beschlagnahmte die Flugblätter auf den Straßen und stellte die Verbreiter namentlich fest, weil die Flugblätter ihr trotz dem Belagerungszustand nicht vorher vorgelegt worden sind.

Wie der Mord geschah.

München, 10. Juni. (TU.) Die „Münchener Zeitung" teilt mit, daß die Schüsse aus etwa sieben Meter Entfernung abgegeben wurden. Die Kugel, die Gareis traf, ging hinter dem linken Ohr in das Gehirn. Ein Dienstmädchen, das in kurzer Entfernung hinter Gareis nach Hause ging, erklärte, einen Mann beobachtet zu haben, der schnellstens von der Ungererstraße herkam, rasch die Freystraße überquerte und dann zu schießen begann. Der Täter floh in der Richtung Kunigundenstraße. Gareis war seit einem halben Jahre verheiratet. Heute früh, 7 Uhr, erschien eine Gerichtskommission am Tatort. Bis zur Stunde fehlt jede Spur des Täters. Dieser soll ein Mann mittlerer Größe sein, grauen Stoffhut, dunkelbraunen Sakko, Wickelgamaschen oder Touristenstrümpfe getragen haben.

Münchener Pressestimmen.

München, 10. Juni. (TU.) Die Blätter verurteilen ausnahmslos aufs schärfste die Ermordung des Abgeordneten Gareis. Die Sozialdemokraten haben eine öffentliche Versammlung für Mittwochabend (?) im Münchener Kindl-Bräu einberufen mit der Tagesordnung: „Brutale Gewalt über soziale Aufbaupolitik". Die „Münchener Post" bezeichnet die Tat als

eine fascistische Mordtat,

als einen kalten, überlegten und vorbereiteten Mord. Die „Münchener Zeitung" äußert das tiefste Bedauern darüber, daß der Zustand geistiger Verwirrung, wie diese Tat es erschütternd zeige, immer noch so hochgradig ist. Der „Bayerische Kurier" (B. Vp.) spricht von einem feigen Verbrechen und hofft, daß der Täter seiner verdienten Strafe zugeführt werde. Wäre es anders, es wäre in der Verwilderung unseres öffentlichen Lebens kein Ende abzusehen. Das USP.-Organ „Der Kampf" hat nachmittags eine Sonderausgabe erscheinen lassen, in der der Mord als eine Folge der Politik des Ministeriums Kahr und als ein

Racheakt der Einwohnerwehr

dargestellt und gefordert wird, daß mit der Regierung Kahr und ihrem politischen System gründlich aufgeräumt werde. Die „M. N. Nachr." (scheindemokr.) bemerken, es gebe gar keine Worte, die dem allgemeinen Abscheu vor einer so feigen und hinterhältigen Bluttat voll Ausdruck verleihen könnten. — Was die Mörderorgane „Miesb. Anz." und „Völk. Beob." schreiben, liegt noch nicht vor.

•

Der Landtagspräsident Königsbauer (B. Vp.) gibt in seinem herzlichen Schreiben an die USP.-Fraktion seiner Erbitterung über die bubenhafte Mordtat Ausdruck. Im Besoldungsausschuß hielt der Vorsitzende dem Abgeordneten Gareis einen ehrenden Nachruf; die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer aufgehoben. Kahr schrieb der Witwe Gareis' sein Mitgefühl. Die schon mitgeteilte öffentliche Erklärung der Staatsregierung ist von dem Kultusminister Matt gezeichnet, da Kahr nicht in München war.

Hungerstreik der Festungsgefangenen.

München, 10. Juni. (TU.) Wie „Der Kampf" mitteilt, sind die politischen Gefangenen in der Festungsanstalt Nieder-Schönenfeld in den Hungerstreik getreten.

Anfrage wegen des Russen-Kongresses.

München, 10. Juni. (TU.) Im Landtag haben die Unabhängigen die Anfrage an die Regierung eingebracht, warum sie in Widerspruch mit ihrer sonstigen Fremdenpolitik mehr als 100 Ausländern, die zum Zwecke einer Verschwörung nach Bayern kamen, die Einreiseerlaubnis gegeben hat, und warum diese Erlaubnis nicht zurückgezogen wurde, als der politische Charakter der Zusammenkunft ersichtlich war.

Frage nach München.

Sind die Mordbuben, die Saenger überfallen und Gareis ermordet haben, vielleicht Ausländer, die einer besonderen Aufenthaltserlaubnis in Bayern bedürfen, auch wenn sie ständig in Deutschland leben oder nichtbayerische Reichsdeutsche, die sich binnen 12 Stunden nach ihrer Ankunft bei sonstiger schwerer Strafe persönlich der Polizei vorstellen müssen?

Wie gehetzt wurde.

Im folgenden geben wir noch ein paar Stilproben aus dem Münchener Hetzorgan, dem von Ludwig Thoma redigierten „Miesbacher Anzeiger". Am 5. Juni schrieb dieses Blatt:

„Vielleicht geht einmal dem Volke die Geduld aus, und es wird alle diejenigen, die andauernd das bayerische Volk bei der Entente verkaufen, nach der Art traktieren, wie in Italien die Fascisten dem internationalen Gesindel den Respekt vor der Heiligkeit einer Nation beibringen. Wenn die Herren den Kampf nun darauf einstellen wollen, wir sind bereit und pfeifen dann auf jeden Paragraphen, der dem Volkswohle entgegensteht. Wir haben nur einen Paragraphen, den wir respektieren, und der lautet: „Wer am Volke Hochverrat übt, der werde vom Volke geächtet!"

Ueber Erzberger schreibt der „Miesbacher" am 31. Mai 1921:

Der Bursche hatte tags zuvor mit der ganzen taktlosen Aufdringlichkeit, die dem Buttenhauser Steißtrommler eigen ist, seine Zustimmung zu Ludendorffs Ausführungen kundzugeben. Jetzt freut sich die Dreckseele über den Sieg .... Dieses Urbild von Gemeinheit grinste zu Scheidemann hinüber ....

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß das Blatt, das diesen Hetz- und Gassenton führte, ein amtliches Organ der Regierung Kahr war. Die Regierung Kahr trägt also ihr vollgerütteltes Maß von Mitschuld an der Ermordung des Abgeordneten Gareis, weil sie nicht bloß diese Hetze duldete, sondern das schlimmste Hetzblatt sogar noch zum Amtsblatt machte.

•

Kein einziges Blatt der sieben oder acht reaktionären Blätter, die in Berlin erscheinen, fand gestern nachmittag auch nur das leiseste Wort der Entrüstung über die Ermordung des unabhängigen Landtagsabgeordneten Gareis. „Kreuz-Zeitung", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszeitung" usw. geben die Meldung so unauffällig wie möglich auf einer rückwärtigen Seite. Die „Tägliche Rundschau" entrüstet sich — aber nicht über den Täter, sondern daß die Tat „von den Radikalen politisch ausgebeutet" werde. Eine Ausnahme macht allein die „D. A. Z.", das gemäßigtere Organ der Deutschen Volkspartei, die schreibt:

Alle Kreise werden ohne Unterschied der Partei einig sein in der entrüsteten Verurteilung dieser ruchlosen Mordtat, die zweifellos politischen Motiven entsprungen ist. So lange es noch Elemente gibt, die den politischen Gegner mit Kugeln und Messern zu erledigen suchen, kann eine Gesundung Deutschlands nicht eintreten.

Die linksstehende Presse macht aus ihrer tiefsten Empörung kein Hehl. Uebereinstimmend kommt in allen Blättern der Gedanke zum Ausdruck, wie wenig die Münchener Attentatsseuche zu dem eiteln Ruhmwort der „bayerischen Ordnungszelle" paßt.

Reichsregierung gegen Escherich.

Amtlich wird durch WTB. verlautbart:

Die im „Berliner Lokalanzeiger" wiedergegebenen Ausführungen des Forstrats Escherich über die Auflösung der Organisation Escherich beruhen auf unrichtigen Annahmen. Eine Durchbrechung der Grundsätze des deutschen Vereinsrechts liegt nicht nur in der Auflösung der Organisation Escherich, sondern auch in der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr und der ostpreußischen Wehren, soweit diese Verbände nach der Entwaffnung friedliche, mit dem Vereinsrecht vereinbare Ziele verfolgen. Zu dieser Durchbrechung ist Deutschland durch den Friedensvertrag in Verbindung mit der Pariser Note und dem Ultimatum gezwungen und verpflichtet. Das Ultimatum enthält eine gewisse Interpretation des Friedensvertrages, der wir uns nach der Annahme des Ultimatums fügen müssen. Selbst wenn dazu das Gesetz vom 22. März d. J. nicht ausreichte, was nach dem Gesetz letzten Endes von der Reichsregierung zu entscheiden ist, könnte dies nur dazu führen, daß ein neues Gesetz zur Ausführung des Ultimatums erlassen werden müßte. Daß die Entente die Auflösung der Organisation Escherich, wenn sie nicht auf die Liste gesetzt worden wäre, gar nicht gefordert haben würde, ist irrig. Dies geht schon daraus hervor, daß General Nollet, wie amtlich bereits mitgeteilt, nach Ueberreichung der Liste diese noch jetzt für unvollständig erklärt hat. Im übrigen hat die Reichsregierung vor Aufstellung der Liste selbstverständlich über die Bedeutung, die dieser Teil des Ultimatums nach der Auffassung der Hauptmächte haben sollte, vorher Fühlung genommen und es dabei an Aufklärung über Statuten und Zweck der Organisation nicht fehlen lassen. Nach dem Ergebnis dieser Fühlungnahme wie nach dem Wortlaut des mit dem Ultimatum beendeten Notenwechsels hat die Reichsregierung den einzig männlichen Schritt getan, in Erfüllung des Ultimatums die Organisation Escherich fristgerecht in der Liste aufzuführen.

Die Entwaffnung der ostpreußischen Grenzwehren.

Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Zur Durchführung der Entwaffnung der ostpreußischen Orts- und Grenzwehren sind die notwendigen Anordnungen seitens der zuständigen Behörden erfolgt und zum großen Teile bereits durchgeführt. Die Erfüllung der Verpflichtung hat sich bisher in Ostpreußen ohne besondere Schwierigkeiten durchführen lassen. Dank der Aufklärungsarbeit der zuständigen Kreise und den vorbereitenden Maßnahmen konnten Reibungen bei der Durchführung der schwierigen Aufgabe vermieden werden.

Der Kapp-Offizier als Freikorpswerber.

Magdeburg, 10. Juni. (WTB.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände vom 24. Mai 1921 wurde von einem hiesigen früheren Polizeioffizier, der **in den Kapp-Tagen aus der Schutzpolizei entlassen werden mußte, nicht befolgt.** Er sammelte, entgegen der genannten Verordnung, junge Leute, um sie nach dem bedrohten Grenzgebiet Oberschlesiens zu entsenden. Der Plan wurde vereitelt, indem **sowohl jener ehemalige Offizier wie auch sämtliche Leute von der Polizei festgenommen und dem außerordentlichen Gericht zur Bestrafung zugeführt** wurden.

Orgesch als Obstzüchter.

Aus Potsdam wird uns berichtet: Unter der Bezeichnung einer Obstzüchterbesprechung wurden die deutschnationalen Einwohner von Bornim und Bornstedt aufgefordert, an einer Versammlung teilzunehmen. Diese angebliche Obstzüchterversammlung führte zur **Gründung einer Ortsgruppe der Escherich-Organisation.** Der Kreisleiter, der im „Vorwärts" schon früher gekennzeichnete Major v. Jena, bezeichnete es als eine Schande, daß Männer wie der Reichskanzler Dr. Wirth und Rathenau uns regieren. V. Jena bezeichnete die bayerischen Verhältnisse als vorbildlich (Ermordung Gareis'!) Die Escherich-Organisation sei schon im Einverständnis mit den Kreisen Westhavelland, Priegnitz und Neuruppin. **Auch mit der Reichswehr und Schupo sei Verständigung erzielt, um im Ernstfalle gemeinsam vorzugehen.** Sitz der Organisation ist Kiemberg bei Nauen. — Vielleicht sehen sich die Behörden dieses Ding einmal näher an. Daß die Orgesch am Vorabend ihres Verbots Ortsgruppen gründet, ist interessant.

Eine würdige Ergänzung.

Die Telegraphen-Union und sogar das WTB. (!) teilen mit, daß Graf Ernst Reventlow die Leitung der äußeren Politik an den von dem Reichstagsabgeordneten Wulle herausgegebenen Blättern „Das Deutsche Tageblatt" und „Das Deutsche Abendblatt" übernommen hat.

Solange es aber Herrn Wulle nicht gelungen sein wird, Herrn Rudolf Lebius für sein Blatt zu gewinnen, wird dieses den Vergleich mit dem „Miesbacher Anzeiger" doch nicht aushalten können.

Staatsmann Stegerwald.

Im „Preußischen Pressedienst" läßt der Ministerpräsident Stegerwald einen seiner jungen Leute auf den „Vorwärts" los. Wir würden auf diese Stilübung, die größtenteils in der Wiederholung einer früheren Stegerwaldschen Ministerrede besteht, nicht näher eingehen, wenn nicht am Schluß der Erörterung sich folgender Satz befände:

In der Kernfrage der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Ministerpräsidenten und dem „Vorwärts" befindet sich Stegerwald zudem in guter Gesellschaft, mehrheitssozialdemokratische Führer, die staatsmännisch denken und das gegenwärtige deutsche Elend ohne Rücksicht auf parteipolitische Vorteile oder Nachteile sehen, stehen mit Stegerwald auf dem Standpunkt, daß, wenn die Durchführung des Reparationsprogramms gelingen soll, eine Verbreiterung der Koalition im Reich und in Preußen **auch nach rechts** eine nicht zu umgehende Notwendigkeit sei.

Der junge Mann des Herrn Stegerwald hat wohl mit dieser Formulierung ausdrücken wollen, daß die ungeheure Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Führer, die eine Koalition mit der Deutschen Volksaprtei ablehnen, nicht staatsmännisch denken und parteipolitische Ziele verfolgen. Wir nehmen solche Unterstellungen nicht tragisch, gestehen Herrn Stegerwald aber offen, daß uns in der Tat jene staatsmännische Ader fehlt, um das Heil und die Zukunft Deutschlands als gesichert anzusehen, wenn sich mit dem wunderlichen Trotz-Minister noch ein schwerindustrieller Protz-Minister und ein reaktionärer Klotz-Minister verbinden, um als gemeinschaftlicher Hemmschuh zu wirken. Herr Stegerwald beschwert sich, daß ihn der sozialdemokratische Redner schärfer angegriffen habe, als die Redner der Unabhängigen und Kommunisten. Die pflegen bekanntermaßen ihre Wald- und Wiesenagitationsreden zu halten. Wir aber sind seit Lassalle gewohnt, unsere Kraft auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren, und das ist in Preußen die Beseitigung des von der Reaktion abhängigen, aufbauhinderlichen und dem Ausland gegenüber kompromittierenden Ministeriums Stegerwald.

Nur Taten können helfen!

Langsam bricht sich in Frankreich seit der letzten Kammerdebatte und dem Sieg Briands die Erkenntnis Bahn, daß die bisherige Gewaltpolitik gegen Deutschland nur zur Schwächung des demokratischen Gedankens und zur Stärkung der reaktionären und militaristischen Kreise in Deutschland führen mußte. Der „Petit Parisien", das in ganz Frankreich mit einer täglichen Zweimillionen-Auflage verbreitete Organ, das stets bestrebt ist, die Ansichten der Regierungskreise zu widerspiegeln, schreibt am 6. Juni über das Ergebnis der Schlußabstimmung der Reichstagsdebatte:

„Es ist offenkundig, daß der Sieg des demokratischen und friedliebenden Deutschlands über das feudale und militaristische Deutschland klarer hervortritt und Fortschritte macht. . . . Wir würden die demokratische Richtung in Deutschland und die neue Regierung ganz bedeutend verstärken, **wenn wir auf die im vorigen März angewandten Sanktionen** — Besetzung der Ruhrkohlenhäfen und Zollgrenze am Rhein — **verzichten** und wenn **wir das Deutschland des Reichskanzlers Wirth in Oberschlesien weniger hart behandeln würden, als wir es gegenüber dem widerspenstigen Deutschland des Herrn Simons getan haben würden."**

Der Gedankengang ist zweifellos richtig und nur diejenigen, die es im Interesse ihrer demagogisch-nationalistischen Parteiagitation vorziehen würden, wenn die deutsche Wirtschaft weiter unter den Sanktionen litte, und wenn möglichst viel deutsches Land in Oberschlesien den Polen zugeteilt wäre, werden sich darüber entrüsten, daß wir dem „Petit Parisien" zustimmen. Daß es unter unseren Deutschnationalen viele gibt, die im Hinblick auf ihre Propaganda auf Gewaltmaßnahmen und Demütigungen Deutschlands durch die Entente geradezu spekulieren und jedes Entgegenkommen der Gegenseite bedauern, das haben die letzten zwei Jahre zur Genüge gezeigt.

Indessen nützen die schönen Worte und guten Absichten der Entente nichts, solange keine Taten folgen. Und deshalb erwarten wir, daß Frankreich nicht allein seinen Widerstand gegen die Aufhebung der März-Sanktionen aufgibt, sondern daß es sich auch zu einer objektiven Auffassung der oberschlesischen Frage aufrafft. Und sollte die Entscheidung über Oberschlesien in einem der Gerechtigkeit widersprechenden Sinne erfolgen, so wäre dies der Triumph der deutschen Reaktion.

In diesem Zusammenhang möchten wir noch auf folgende Tatsache hinweisen:

Am morgigen Sonntag findet in Berlin eine Massendemonstration zugunsten der 117 Avignon-Gefangenen statt. Kürzlich wurde gemeldet, daß etwa 20 dieser bisher zurückgehaltenen armen Teufel nach der Heimat zurückbefördert wurden, die sämtlich aus Bayern stammten. Wir gönnen diesen 20 Süddeutschen natürlich von Herzen die Befreiung von ihren Leiden, müssen aber diese bevorzugte Behandlung bayerischer Staatsangehöriger gegenüber den norddeutschen Avignon-Gefangenen als eine besondere an den letzteren begangene Grausamkeit auf das schärfste brandmarken. Es ist eine Schande, mit Kriegsgefangenen „Politik" zu treiben. Und zweifellos war das der Zweck dieser französischen Maßnahme, die ganz in den Rahmen jener Politik des Quai d'Orsay paßt, die bis vor kurzem darin bestand, Bayern gegen Preußen fortwährend auszuspielen. Dieser der reaktionären Schandregierung Kahr-Pöhner geleistete Liebesdienst (vielleicht zur Belohnung ihrer hartnäckigen Haltung in der Entwaffnungsfrage?) war jedenfalls nicht geeignet, die demokratische Richtung in Deutschland zu stärken.

Entrechtung der Polizeibeamten.

Die Zentralstelle für Beamtenagitation beim Parteivorstand hat an den Genossen Dr. Gradnauer im Interesse und auf Veranlassung der Schupobeamten folgendes Schreiben gerichtet:

„Den Angehörigen der Schutzpolizei wurden vor einiger Zeit vom Preußischen Ministerium des Innern neue Anstellungsgrundsätze mit einem Verpflichtungsschein zur Unterschrift vorgelegt, in denen unter anderem bestimmt war, daß die Schupobeamten nur auf eine Dienstdauer von 12 Jahren mit monatlicher Kündigung verpflichtet werden und ihnen verboten wurde, sich im Dienst oder in den Diensträumen (zu denen auch die Dienstwohnungen der Beamten gerechnet werden) sowie in Uniform politisch zu betätigen. Diese Bestimmungen laufen auf eine Rechtlosmachung der Schupobeamten sowohl in wirtschaftlicher wie staatsbürgerlicher Hinsicht hinaus. Die gesamte Schutzpolizei einschließlich der Offiziere weigerte sich, diese Anstellungsgrundsätze anzuerkennen. Sie befand sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Deutschen Beamtenbund, der die Einbeziehung der Schutzpolizeibeamten in das Berufsbeamtentum fordert. Darauf wurden die Anstellungsgrundsätze vom Preußischen Ministerium des Innern dahin abgeändert, daß die Offiziere von den Bestimmungen ausdrücklich ausgenommen wurden. Nunmehr gaben die Offiziere den Widerstand gegen die Anstellungsgrundsätze auf und versuchten unter Anwendung eines Druckes die Unterschrift der Bill. zu erwirken. Bis Sonntag, den 12. Juni, mittags 12 Uhr sind den Kommandostellen und bis 15. Juni dem Ministerium des Innern diejenigen Schupobeamten namentlich zu melden, die die Unterschrift nicht geleistet haben, obwohl von oben die Unterschrift als eine freiwillige bezeichnet wurde. Da angeblich trotz fortwährender Neueinstellungen in der deutschen Schutzpolizei etwa 30 000 Beamte zu viel vorhanden sind und demnächst gekündigt werden sollen, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nunmehr diejenigen zur Entlassung kommen werden, die die Anstellungsbedingungen nicht „freiwillig" unterschrieben haben.

Die Angehörigen der Schutzpolizei erklären daher, daß sie zur **Abwendung dieser drohenden Maßregelungen die Anstellungsbedingungen unterschreiben werden, ohne sie jedoch als rechtsgültig zu betrachten.** Sie bitten daher den Herrn Reichsminister des Innern, von seinem Aufsichtsrecht über die subventionierte Polizei der Einzelstaaten dahin Gebrauch zu machen, daß er gegen die Anstellungsbedingungen aus staatspolitischen und polizeitechnischen Gründen Einspruch einlegt und verlangt, daß das Dienstverhältnis der Schupobeamten unter Wegfall aller einschränkenden Bestimmungen zum Beamtenverhältnis ausgestaltet wird."

Genugtuung für Kalinow!

Paris, 10. Juni. (TU.) Das „Petit Journal" meldet, daß **die französische Regierung dem deutschen Botschafter Dr. Meyer mitgeteilt hat, sie würde den Zwischenfall in Oberschlesien als sehr ernst betrachten und die Berliner Regierung dafür verantwortlich machen. Die französische Patrouille, die angegriffen worden ist, gehörte zu den Truppen, die die neutrale Zone zwischen den Deutschen und Polen besetzt hatten. Der deutsche Angriff sei daher eine ernste Beleidigung für die Interalliierte Kommission und für die französischen Truppen. Der Zwischenfall könne mit der Entschuldigung der deutschen Regierung nicht als erledigt betrachtet werden. Die französische Regierung pflegt gegenwärtig Beratungen mit den Kabinetten von London und Rom über einen gemeinsamen Schritt, der in Berlin erfolgen soll. Die Alliierten werden von der deutschen Regierung volle und präzise Genugtuung verlangen.**

Wenn die Franzosen dort die neutrale Zone sichern sollten — warum haben sie die Polen schießen lassen?

•

Wie aus Oppeln amtlich gemeldet wird, hat die Kampftätigkeit der Aufrührer allgemein nachgelassen. Die Bevölkerung im Industriegebiet leidet immer mehr unter der Nahrungsmittelknappheit. Mehl, Milch, Zucker, Kartoffeln und Gemüse fehlen fast ganz. Die Insurgenten führen weiterhin große Mengen der geförderten Kohle nach Polen aus. Die polnischen Truppen an der deutschen Grenze wurden in den letzten Tagen durch sogenannte Zollbataillone ersetzt.

Tragikomödie!

Paris, 10. Juni. (TU.) Im Unterhause hat Chamberlain auf eine Anfrage erklärt, es sei zu befürchten, daß die oberschlesische Tragikomödie, die schon seit fünf Wochen dauert, noch weiter hingezogen werde: General Le Rond, der von den englischen und italienischen Formationen unterstützt werde, behauptet immer wieder, daß die Ententearmee in Oberschlesien trotz der englischen Verstärkung noch zu schwach sei, um die Ordnung wiederherzustellen.

Die Flüchtlinge.

Die Zahl derjenigen deutschen Oberschlesier, die Heim und Arbeitsstelle verlassen mußten, aus den Kreisen Kosel, Kreuzburg, Leobschütz, Ober-Glogau, Oppeln und Ratibor beträgt 6680; die Zahl derjenigen, die „nur" ihre Arbeitsstelle verloren haben, beträgt in diesen Kreisen 16 252.

Für die oberschlesischen Flüchtlinge ist in Berlin eine Fürsorgezentrale errichtet in der Kaserne General-Pape-Straße, Filialen im Schlesischen, Lehrter und Bahnhof Friedrichstraße. Vor Unterstützung ausweisloser Flüchtlinge wird gewarnt; Ausweise und Hilfe in der General-Pape-Straße erhältlich.

Der nördliche Korfanty.

Kowno, 9. Juni. (Lit. Telegr.-Ag.) Die Zeligowski-Regierung hat in Wilna neue Postwertzeichen herausgegeben, deren Ertrag zur Unterstützung der oberschlesischen Aufrührer bestimmt ist. Die Marken sind mit der Aufschrift „für Oberschlesien" (zwei Mark) versehen. — Da der Völkerbund darauf beharrt, daß Zeligowski Wilna räumt, kleiden die Polen ganze Truppenteile in Zivil ein, um ihre Pläne weiterführen zu können. In Zivil verkleidete polnische Truppenabteilungen erschienen in letzter Zeit bei Bareny (Orany), Kudniki und Jaschuny.

Nach bewährten Mustern. In Krakau hat sich jetzt eine „slowakische Regierung" aufgetan, die die Slowakei von der ČSR. (Ceskoslovenska Republika) losreißen will. Früher waren diese Bestrebungen ungarische Mache, jetzt werden sie auf polnischem Boden betrieben. Polen als Hort von Unterdrückten — wie schlicht, wie einfach — und doch wie ergreifend!

Der Einfluß des Klimas auf das Antlitz der Erde.

Die Abhängigkeit der Oberflächenformen der Erde vom Klima ist erst spät erkannt worden. Die Klimaunterschiede, die in den Kulturländern Mittel- und Westeuropas herrschen, sind meist nicht groß genug, um unmittelbar die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Erst in neuester Zeit hat die geographische und geologische Forschung den Einfluß untersucht, den das Klima auf die Formen unserer Landschaft ausgeübt hat, und die deutlichen Spuren aufgezeigt, die die Witterung im Antlitz unserer Erde hinterlassen. In seinem soeben bei B. G. Teubner in Leipzig erscheinenden Werk „Die Oberflächenformen des Festlandes" behandelt der Geograph der Heidelberger Universität Prof. Alfred Hettner eingehend diese bisher wenig beachteten Züge im Gesicht der Mutter Erde.

Zuerst hat man bei Untersuchungen des Wüstenklimas erkannt, welche Bedeutung hier der Wind für die Gestaltung der Oberfläche besitzt. Aber allmählich hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß jedes Klima einen besonderen Formenschatz in der Landschaft ausbildet, und daß sich die klimatische Eigenheit eines Erdstriches besonders in den Kleinformen ausspricht. Dabei genügt es allerdings nicht, einige Zahlen über Temperaturschwankungen oder Regenmenge zusammenzuraffen, sondern man muß den ganzen Charakter des Klimas im Zusammenwirken von Wärme und Niederschlägen und überhaupt aller Witterungsfaktoren auffassen, und muß damit auch den Einfluß der Pflanzendecke und — in geringerem Maße — der Tierwelt in Verbindung bringen, deren Eigenart ja eng mit dem Klima zusammenhängt.

Aber nicht nur die leisen Spuren und Veränderungen, die die Witterung beständig in dem Bilde unserer Landschaft hervorruft, beschäftigen den Geographen, sondern er muß auch die vielumstrittene Frage beantworten, inwieweit das Klima der Vergangenheit die Formen der Erdoberfläche bestimmt hat. Für die Großformen der Landschaft kann dabei kein Zweifel bestehen. Stammt doch der Boden ganz Norddeutschlands aus der Eiszeit, in der ein ungewöhnlich kaltes Klima die stärksten Spuren bis auf den heutigen Tag hinterließ. Auch die Täler der Alpen sind zweifellos in der Eiszeit umgebildet worden, und ebenso scheint eine vorgeschichtliche Steppenzeit mit ihrem charakteristischen Klima auf die Bildung unserer Natur eingewirkt zu haben.

Bei den Kleinformen, die gewöhnlich von geringerer Lebensdauer sind, ist die Bestimmung der klimatischen Einflüsse schwieriger. In den letzten Jahrtausenden haben wir im wesentlichen dasselbe Klima gehabt wie heute, und die größeren Klimaänderungen liegen sehr weit zurück. Trotzdem lassen sich auch da wichtige Beobachtungen machen. Manche Schuttbildungen und Felsenmeere, wie z. B. der Schlesische Zobten, sind erst während der letzten Eiszeit in dem rauhen und schneereichen Klima gebildet worden, das damals am Rande des großen Inlandeises herrschte. Die Dünen und Flugsandbildungen der Oberrheinischen Tiefebene, der Dresdener Heide und anderer Gegenden setzen ein Klima voraus, das trockener und waldloser war als das heutige, und stammen aus einer vorgeschichtlichen Steppenzeit.

Doch auch in geschichtlicher Zeit haben die formenbildenden Vorgänge keineswegs aufgehört. Es gibt in Chroniken und anderen historischen Quellen viele Berichte über Neubildung von Formen, und wenn man sogar an menschlichen Bauwerken die Umbildung durch Naturvorgänge beobachten kann, so muß dies für die Natur als selbstverständlich gelten. Unsere heutigen Winter sind zwar lange nicht mehr so streng wie die der Eiszeit, aber doch kalt genug, um eine beträchtliche Frostverwitterung hervorzurufen, und unser Sommer bringt genug Wärme und Feuchtigkeit, um an geeignetem Gestein chemische Zersetzung zu begünstigen. Durch Ausspülung des Bodens wird Bodenzersetzung in nicht unbeträchtlichem Maße hervorgerufen. Freilich muß man sich davor hüten, aus der Veränderung einzelner Formen gleich auf einen dauernden Einfluß des Klimas zu schließen. Ein durch Abspülung sanft abgedachter Hang kann nach einem heftigen Regenguß von Rissen und Spalten durchzogen werden, die dann allmählich wieder ausheilen und die alte Form annehmen. Auf eine Wirkung des Klimas kann man nur dann schließen, wenn alle Veränderungen der Gegend den gleichen Sinn haben und daher überall die gleichen Bedingungen vorliegen müssen.

Einheitliche Klassenbezeichnung in den Schulen. In dem vom Kultusministerium herausgegebenen „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen" schlägt der Berliner Schulpolitiker Studienrat Dr. Erich Witte eine einheitliche Klassenbezeichnung für alle deutschen Schulen vor. Bisher ist die Benennung der Schulklassen ganz verschieden. Während die erste Klasse in einigen Ländern, z. B. in Bayern, die unterste ist, ist sie in Preußen die oberste. Eine weitere Verschiedenheit ergibt sich daraus, daß die Zahl der Klassen an den Schulen nicht dieselbe ist. So entspricht z. B. die „Quarta" der höheren Schulen nicht der vierten Klasse der Lyzeen und Volksschulen. Dr. Witte macht nun den Vorschlag, in ganz Deutschland die unterste Klasse der Volksschule Klasse 1, die zweitunterste Klasse 2 usw. zu benennen und diese Bezeichnung auch auf die anderen Schulen auszudehnen, so daß die Klasse gleichzeitig auch das Schuljahr der Schüler angibt, vorausgesetzt, daß sie immer versetzt werden. Würde auf die vierjährige Grundschule eine achtjährige höhere Schule aufgesetzt werden, so würde die unterste Klasse dieser dann die fünfte sein. Der Klasse soll dann nach dem Vorschlag Wittes die Schulart hinzugefügt werden, z. B. 5 V (5. Jahrgang der Volksschule), 5 R (unterste Klasse, jetzige 5. Klasse der Realschule).

Das höfliche Moskau. Die „Iswestija" teilt mit, daß bei den Eröffnungsfeierlichkeiten des 3. Kongresses der Moskauer Internationale ein großes russisches Ausstattungsstück zu Ehren der deutschen Delegierten in deutscher Sprache aufgeführt werden wird.

Da die deutschen Moskowiter sonst von russischer Seite nicht gerade verwöhnt zu werden pflegen, so ist dieser Akt der Höflichkeit für sie gewiß sehr schmeichelhaft. Noch schmeichelhafter aber wäre es, wenn man statt des russischen ein Stück gewählt hätte, das dem deutschen Verständnis näher liegt und für unsere Kommunisten von aktuellerem Interesse ist. Etwa das gegenwärtige Repertoirestück des Theaters in der Königgrätzer Straße „Mit dem Feuer spielen" oder, aus der älteren Possenliteratur, Benedixens „Zärtliche Verwandte".

Die Welt nach dem Weltkriege heißt ein Buch, das das englische Sozialistenpaar Charles R. und Dorothy Fr. Buxton herausgab und das soeben in deutscher Uebersetzung (von Rudolf Berger) im Verlage C. A. Schwetschke und Sohn erscheint. Das Buch ist für uns deutsche Sozialisten ein Dokument der Hoffnung: Drüben sind auch Menschen, die, den Wahnsinn durchschauend, aus ihm herauswollen!

Die Buxtons haben nach dem Kriege die Länder Europas bereist, waren an vielen Hilfsaktionen beteiligt, haben ohne Vorurteile die Verhältnisse studiert. Sie stellen die „Balkanisierung" Europas fest und decken den Sinn der neuen, aussichtslosen aber verderblichen „Gleichgewichts"politik auf: gleichzeitig zwei gefährlichen Mächten zu widerstehen, der Revanche geschlagener Feinde und dem Vormarsche des revolutionären Sozialismus. Edelster und wahrheitsliebender Internationalismus führt die Feder, nichts wird verschwiegen, gefärbt oder beschönigt, weder die Versailler Tragikomödie, noch die Entartung des Völkerbunds, der Hohn der Friedensverträge, das Versagen Wilsons, die Mordpolitik der Aushungerung, der Einmischung in Rußland oder auch die Gewissenlosigkeit englischer und französischer Staatsmänner. Nicht als ob deutsche Unzulänglichkeiten dabei etwa gut wegkämen. Die Verfasser sind nicht prodeutsch; wer ein Trostbuch für seine eigenen Fehler sucht, kommt nicht auf seine Rechnung.

Die Verfasser sind Sozialisten und Internationalisten! Also sehen sie das allgemeine Elend, das große Sterben, den Wirtschaftszusammenbruch, die Feigheit und Blindheit der Staatsmänner, den nationalistisch verbrämten Kampf des Kapitalismus gegen die Sozialisten in allen Ländern, also beurteilen sie den Bolschewismus gerecht. Und am Krankenbette Europas behalten sie den Glauben und Willen zur Genesung. Sie sehen Anzeichen für einen antimilitaristischen Feldzug durch ganz Europa, sie glauben, daß der Druck der wirtschaftlichen Tatsachen die Völker wieder einander nähern wird, sie sehen den überstaatlichen Wirtschaftsaufbau zur Verteilung der Bedarfsgüter nach dem Bedürfnisse statt nach der Zahlungsfähigkeit kommen, sie vertrauen auf die Wirksamkeit der sozialistischen Idee. Das sind auch unsere Hoffnungen! pö.

Die I. Weber-Feier, die am Sonntag, den 12., mittags 11½ Uhr, in der Staatsoper stattfindet, wird durch die Ouverture zur „Euryanthe" eingeleitet werden. Es folgt das Konzertstück „F-moll" für Klavier und Orchester; am Flügel Michael von Zadora. In der anschließenden Aufführung der Musik zu „Preciosa" wird die Titelpartie von Genia Guszalewicz, der von Dr. Georg Droscher neugestaltete verbindende Text von diesem selbst vorgetragen. Dirigent Dr. Fritz Stiedry. Mitwirkend: die Kapelle und der Chor der Staatsoper.

Gerhart Hauptmanns „Weber" werden unter der Regie von Karlheinz Martin im Großen Schauspielhaus neueinstudiert.

Groß-Berlin

Eine Dubrow-Wanderung.

Südlich von Königswusterhausen liegt das ausgedehnte Waldgebiet der Dubrow. Man erreicht es am besten von Groß-Besten aus mit dem Fernzug der Görlitzer Bahn. Ueber Gallunsbrück wandern wir zum Pätzsee und weiter auf der Chaussee, die nach Wendisch-Buchholz führt, zum Forsthaus Sauberg. Wir haben die Dubrow erreicht. Sie wird im Osten und Süden vom Schmöldesee und Hölzernen See, im Westen vom Försterfee begrenzt und reicht im Norden etwa bis an die Chaussee von Prieros nach Gräbendorf.

Vom Forsthaus Sauberg gehen wir durch das Gatter gen Ost zum Forsthaus Dubrow am Nordende des Försterfees. Der Wald besteht vorwiegend aus Kiefern; allmählich geht er in ziemlich reine Eichenbestände über. Manche prächtige alte Eiche von knorrigem Wuchs können wir hier finden. Die Dubrow beherbergt die größte Reiherkolonie der Mark Brandenburg; wohl 70 bis 80 Paare dieser Vögel horsten hier. Es sind Fischreiher. Ihr Gefieder ist einförmig grau, nur am Halse und an den Schwingen ist es von schwarzen Streifen abgesetzt. Schon aus der Ferne machen sie sich durch ihr Gekrächze und Geschrei bemerkbar. Kommen wir näher hinzu, dann erkennen wir bald ihre Spuren. Der Boden unter den Horstbäumen sieht aus, als wäre er mit Kalk bespritzt. Von den sprichwörtlich scharfen Ausscheidungen der Reiher ist der Pflanzenwuchs in der Nähe abgestorben, und auch die Horstbäume leiden darunter. Viele von ihnen sind im Laufe der Zeit abgestorben. Man findet die Reiherhorste daher häufig in den Wipfeln von Eichen, deren Leben erloschen ist. Dadurch ist es uns möglich, das Leben und Treiben der Vögel am Horst und die Jungen, die gerade jetzt noch nicht flügge sind, gut zu beobachten. Die Reiherhorste liegen im Jagen 98. Vom Forsthaus Dubrow wandern wir auf dem Weg nach Prierosbrück etwa 10 Minuten und dann gen Südost auf dem Gestell, das uns zu den Reiherhorsten bringt. Auf dem Ufer des Schmöldesees kommen wir durch schönen Wald nach Prierosbrück. Das Wasser wird hin und wieder von Ruderbooten belebt; wir sind an der Fahrstraße nach Teupitz.

Von Prierosbrück geht die Wanderung über Gräbendorf und Senzig nach Neue Mühle. Der Wald besteht hier aus Kiefern; er zeigt fast gar kein Unterholz. Der Tiergarten bei Neue Mühle ist dagegen ein schöner Mischwald, der uns für die etwas eintönige Kiefernheide der letzten Strecke reich entschädigt. In kurzer Wanderung haben wir Königswusterhausen erreicht, ein freundlicher Ort, der von Berliner Ausflüglern viel besucht wird. Von hier kehren wir mit den Vorortzügen der Görlitzer Bahn (zur Stadtbahn in Niederschöneweide umsteigen) nach Berlin zurück. Hinfahrt früh 7,00 Uhr vom Görlitzer Bahnhof oder 6,36 Uhr von Friedrichstraße (in Niederschöneweide umsteigen). Weglänge etwa 20 Kilometer.

Der Jude wird vermöbelt!

Antisemitische Studenten als Rowdys.

Wie dringend, wie außerordentlich dringend uns eine Strafprozeßreform noltut, beweist der folgende Bericht über eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III. Ein paar Studenten waren in der anscheinend im deutschen Studentenkum nach wie vor üblichen und geschätzten Besoffenheit zum Rowdytum herabgesunken. Die Strafkammer aber konnte sich selbst in der zweiten Instanz nicht entschließen, die antisemitischen Burschen auf ein paar Wochen ins Gefängnis zu schicken. 1000 Mark Geldstrafe war alles. Die erste Instanz, das Schöffengericht, hatte sogar auf nur je 200 Mark Geldstrafe erkannt.

Der Kaufmann Joukin Sachs ging in der Nacht zum 28. November gegen 3½ Uhr den Kurfürstendamm entlang in der Richtung Halensee. Kurz vor ihm waren an einer Stelle der Straße etwa 10 Personen aus einem Nachtomnibus gestiegen, die den ganzen Bürgersteig sperrten. Es wurde die Parole ausgegeben: „Wir halten jetzt jeden an, und der erste Jude wird vermöbelt!" Bald wurde Sachs umringt und durch Schimpfworte belästigt. Der Belästigte erklärte, daß er gar keinen Hehl daraus mache, Jude zu sein, aber bitte, ihn in Ruhe zu lassen. Dann soll Zillmann den Nebenkläger „Judenaas" geschimpft, ihm einen Fußtritt in die Hüfte und Streit ihm einen Faustschlag ins Gesicht versetzt haben, so daß er starken Blutverlust hatte. Streit soll dabei noch gesagt haben: Solche feige Bande muß man verdreschen! Der Nebenkläger schrie nun um Hilfe und lockte dadurch zwei Sicherheitsbeamte herbei, die an Ort und Stelle aber nur noch den Zillmann festnehmen konnten, denn die übrigen hatten sich entfernt. Seiner Festnahme setzte Z. positiven Widerstand entgegen. Als dann der Nebenkläger in Begleitung des einen Sicherheitsmannes seiner Wohnung zusteuerte, lief ihm zufällig der zweite Angeklagte in den Weg, der nun auch festgenommen wurde. Als die Angeklagten durch die Vorladung vor das Gericht sahen, daß die Sache eine ernste Wendung nahm, schickten sie dem Nebenkläger eine Entschuldigung zu, die dessen Vertreter, Justizrat Dr. Werthauer, aber nur unter der Bedingung annehmen wollte, daß die Angeklagten die Erklärung abgeben, daß ihr Vorgehen nicht antisemitischen Tendenzen entsprungen sei. Da dies nicht geschah, kam es zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht. Die Angeklagten entschuldigten sich damit, daß sie in sehr animierter Stimmung aus ihrer Kneipe gekommen seien, wo ein Kommilitone seinen Abschied begossen habe. Daß sie betrunken gewesen seien, gehe schon daraus hervor, daß Zillmann sich eine Soldatenmütze aufgesetzt hatte. — Das Schöffengericht verurteilte beide Angeklagte zu je 200 M. Geldstrafe, Zillmann außerdem wegen Widerstandes zu 50 M. Geldstrafe. — Wegen des Strafmaßes hatte Dr. Werthauer Berufung eingelegt. Er hielt die Strafe für viel zu gering, weil es sich hier doch um eine große Roheit handle, da zehn Menschen der sogenannten gebildeten Klasse über einen einzelnen, der sich durchaus korrekt benommen, hergefallen seien. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Arens, gab zu, daß sich bedauerlicherweise die Angeklagten als Studenten sehr unwürdig und unmanierlich benommen hätten, bat aber, aus einer offenbar betrunkenen Mücke nicht einen antisemitischen Elefanten zu machen. — Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 1000 M. Geldstrafe, da es sich doch um einen sehr üblen Exzeß handle.

Rektor Bocks Kampf.

Die gestern begonnene neue Verhandlung gegen den früheren Rektor Robert Bock wegen Beleidigung des früheren Kriminalkommissars Toussaint nimmt einen sehr langsamen Fortgang, da der ganze Fall Bock aufs neue aufgerollt und gründlichst erörtert wird. Nach Verlesung der unter Anklage gestellten Broschüre und des früheren Urteils gegen Bock hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, ob er sich auch darüber klar sei, daß er dem Nebenkläger Toussaint den überaus schweren Vorwurf mache, sein Amt dazu mißbraucht zu haben, Zeugen wissentlich zu einem falschen Eid zu verleiten? Der Angeklagte erklärte, daß er sich dessen wohl bewußt sei; es sei ja furchtbar, was er behauptet habe, entspreche aber durchaus der Wahrheit.

R.-A. Bahn führte den Gedankengang des Angeklagten dahin aus: Toussaint habe gesehen, daß sein erster Versuch, Bock etwas anzuhängen, mißglückt war und da er wohl annehmen konnte, daß ein solcher Fehlschlag einem angesehenen Manne gegenüber seiner Karriere hätte schaden müssen, habe er alles in Bewegung gesetzt, um sich ins Recht und Bock ins Unrecht zu setzen. Die Beweisaufnahme wird wieder hineinführen in das fast unentwirrbare Labyrinth von Beschuldigungen seitens früherer Schülerinnen des Angeklagten und späteren Widerrufen selbst unter dem Zugeständnisse, bei den früheren Belastungen Meineide geleistet zu haben. Gestern wurden erst zwei der Hauptbelastungszeuginnen vernommen. Sie mußten über Dinge aussagen, die bis zum Jahre 1910 zurückgreifen. Das Wesentliche ihrer Aussagen bestand darin, daß sie jetzt ebenso wie auch schon bei früheren Vernehmungen versicherten, mit dem Rektor Bock nichts Sträfliches oder Unzüchtiges vorgehabt zu haben. Wie sie zu ihren ersten schweren Beschuldigungen gekommen waren, konnten sie in überzeugender Weise nicht recht darlegen. — Die Verhandlung wurde nach Vernehmung dieser beiden Zeugen auf Montag vertagt. Sie wird voraussichtlich fünf Tage in Anspruch nehmen. Wir werden unseren Lesern etwa hervortretende bemerkenswerte Momente mitteilen und im übrigen das Ergebnis des Prozesses melden.

6-Milliarden-Etat für Groß-Berlin.

Der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind schon Haushaltspläne für 1921 vom Magistrat zugegangen, so daß am nächsten Donnerstag, den 16. Juni, der Stadtkämmerer seine Etatsrede in der Stadtverordnetenversammlung halten kann und die Beratungen im Etatsausschuß beginnen können. Der Gesamtetat für Groß-Berlin schließt in runder Summe mit sechs Milliarden Mark ab, übertrifft also die meisten Etats der Länder.

Während der vorjährige Haushalt wegen der mitten im Haushaltsjahr erfolgten Bildung der neuen Stadtgemeinde im wesentlichen eine Aneinanderreihung der nach den verschiedenartigsten Grundsätzen aufgestellten Voranschläge der früheren Groß-Berliner Gemeinden darstellte, ist für 1921 ein Gesamthaushaltsplan nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt worden. Die Einheitlichkeit ist durch Anwendung nicht nur eines gemeinsamen Haushaltschemas, sondern auch einer bestimmten Gliederung des Stoffes gesichert worden. Die Gemeindehaushalte und die Anforderungen der Gutsbezirke sind in den Außenbezirken gemäß § 22 Abs. 1 und 2 des Eingemeindungsgesetzes zu Bezirkshaushaltsplänen verschmolzen worden. Für die Innenbezirke 1 bis 6 ist mit Rücksicht darauf, daß die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Bezirke noch schwebt, ein Einheitshaushaltsplan aufgestellt worden; nach Uebernahme der Geschäfte wird ihnen jedoch durch Unterverteilung der Mittel die Möglichkeit der selbständigen Bewirtschaftung gegeben werden. Für die von der Zentrale der Stadt wahrzunehmenden Aufgaben sind Zentralhaushaltspläne gebildet worden. Der Gesamthaushaltsplan für 1921 zerfällt somit in zwei Abschnitte, und zwar: A) Bezirksverwaltungen und B) Zentralverwaltungen. Auf die Zentralverwaltungen entfallen folgende Etatstitel: Verwaltungskosten, Allgemeine Wohlfahrt, Gemeindebetriebe (die zentral verwaltet werden), Kapital- und Schuldenverwaltung (Zentrale und Bezirke I bis IV), Verschiedene Einnahmen und Ausgaben, Steuern; auf die Bezirksverwaltungen: Grundeigentum und Berechtigungen, Unterricht, Jugendwohlfahrtspflege, Arbeitsamt, Kranken- und Gesundheitspflege, Polizei, Gerichte, Standesämter, Militärwesen, Beleuchtung, Straßenreinigung, Park- und Friedhofsverwaltung, Beerdigungswesen, Bauwesen, Volksbildung, Verwaltungskosten, Gemeindebetriebe (soweit sie nicht zentral verhaltet werden), Kapital- und Schuldenverwaltung (Bezirke VII bis XX), Verschiedene Einnahmen und Ausgaben.

Die ernste Lage der städtischen Finanzen hat dazu gezwungen, bei der Beratung des Haushaltsplanes bei möglichster Steigerung der Einnahmen eine Herabsetzung der Ausgaben auf das unbedingt Notwendige vorzunehmen. Die Haushaltsentwürfe sind in ständiger Fühlungnahme mit den beteiligten Verwaltungen einer Revision nach einheitlichen Gesichtspunkten unterzogen worden. Die Bezirksbürgermeister sind gemäß § 25 Abs. 2 Punkt 1 des Gesetzes Groß-Berlin in gemeinsamer Beratung über den Haushaltsplan gehört worden. Die endgültigen Zahlen über den Bedarf und unsere Vorschläge über die Deckung des Bedarfs wird der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung in ausführlicher Darstellung nachweisen.

Die Quäker in Heinersdorf.

Das Jugendamt der Stadt Berlin hatte die in Berlin anwesenden englischen und amerikanischen Quäker zu einem Besuch der Kinderheimstätte auf dem städtischen Gut Heinersdorf eingeladen, wo etwa 100 besonders erholungsbedürftige Berliner Kinder untergebracht sind. Die Vorsitzende der Deputation für Jugendwohlfahrt, Frau Stadträtin Weyl, dankte den Erschienenen namens der Stadt Berlin für alles, was von der amerikanischen Kinderhilfsmission und den englischen Quäkern für die unterernährten Kinder und Mütter Berlins in so reichem Maße getan worden ist und noch weiter getan wird. Für die Quäker dankte Mr. Eves. Die Gäste, die auf ihrem Rundgang in dem Gutspark durch Märchengruppen begrüßt wurden, die von Heimkindern gestellt waren, blieben zusammen mit dem Führer der amerikanischen Quäkermission, Mr. Scatesgood, mehrere Stunden mit ihren Berliner Schützlingen in lebhaftem Spiel beieinander.

Eine Gruppenkonferenz der Jungsozialist. Vereinigung Groß-Berlins SPD. beschäftigte sich mit der Bielefelder Reichskonferenz. Nach einem Referat des Genossen Boch „Von Weimar bis Bielefeld", an das sich eine rege Aussprache anschloß, nahm die Konferenz fast einstimmig eine Reihe von Anträgen zur Reichskonferenz an. Es wurde beschlossen, an Stelle der „Tribüne der Jugend" in der „Arbeiterbildung" eine besondere Zeitschrift für die gesamte Bewegung zu schaffen. Hierzu gelangte ein Zusatzantrag Wegner, der sich mit der Redaktion und Geschäftsführung befaßt, zur Annahme. Ueber die Zusammensetzung des zu errichtenden Reichsausschusses wurde ein Antrag angenommen, nach welchem der Reichsausschuß aus fünf Jungsozialisten, dem Redakteur der Zeitschrift, dem Vertreter des Zentralbildungsausschusses und einem Vertreter der Arbeiterjugend bestehen soll. Sitz des Ausschusses soll Berlin sein. Weiter wurde beschlossen, den Parteivorstand zu ersuchen, den Jungsozialisten eine regelmäßige Vertretung auf den Parteitagen zu gewähren. Um die Zusammengehörigkeit mit der Partei auch nach außen zu bekunden,

---

Die Rächer.

2]

Roman von Hermann Wagner.

I. Zwei Fälle.

Liebe sprach bei dieser geplanten Verbindung nicht mit, nur eine ruhige Sympathie, in die sich bei Hermann Reisner noch etwas wie Neugier mischte, eine Neugier, die von einem geheimen Mißtrauen nicht ganz frei war. Was er von dem jungen Mädchen wußte, ging nicht weit über die Grenzen dessen hinaus, die in der guten Gesellschaft dem geselligen Verkehr der jungen Leute gesteckt sind. Das Mädchen war von ihm weder heftig begehrt noch gegen Widerstände erobert worden, es war ihm gleichsam von selbst zugefallen, er pflückte es auf dem nüchternen Weg, den er ging, wie eine hübsche Blume, die man ohne tiefere Wünsche abreißt, um sie daheim in eine Vase zu stecken.

Ohne sich sonderlich zu beeilen, im Grunde sogar von einer dunklen Unruhe, die ihm zuweilen im Blute pochte, geängstigt und gehemmt, strebte er dem Ziel zu, das ihm vom Schicksal vorgezeichnet schien: einem Leben, dessen Sinn und Zweck der Erwerb und die Familie waren.

In dem Leben dieses Menschen vollzog sich nun jäh und von niemandem, am wenigsten von ihm selbst, erwartet eine Wandlung. Aeußerlich veranlaßt wurde sie durch den rasch nacheinander erfolgten Tod seiner Mutter und seines Vaters, durch den er nicht nur in den unbeschränkten Besitz eines erheblichen Vermögens kam, sondern der ihn auch von einer Kontrolle befreite, die, ohne je scharf oder streng zu werden, doch immer dagewesen war. Er erwies sich als einer jener Menschen, die für sich allein nichts sind, die nur gedeihlich wirken können, wenn eine andere Hand sie führt, und die ratlos werden und schließlich in die Brüche gehen, wenn jener fremde Einfluß erlischt.

Hermann Reisner besaß mit einem Male viele Freunde. Er, der bisher nie ein Bedürfnis nach Bekanntschaften empfunden hatte, suchte jetzt welche, weil er den Einfluß brauchte, der von ihnen ausging. Allen Einflüssen dieser Art, die beständig wechselten, gab er sich hin, betete wahllos an, was ihm der Tag zuführte, und war immer bereit, das zu verhöhnen, was er am Tag zuvor noch gepriesen hatte. Er wurde ein haltloser Mensch.

Daß es indessen nicht nur äußere Umstände waren, die ihn wandelten, daß vielmehr schon immer Neigungen zum Bösen in ihm geschlummert hatten, die ein Zufall geweckt hatte und triebhaft hatte wachsen lassen, das bewies die Tatsache, daß Hermann Reisner mit einer sonderbaren Scheu gerade jenen Einfluß floh, der ihm vielleicht neuerdings einen festen Halt hätte geben können.

Seit dem Tode seines Vaters nämlich zog er sich mehr und mehr von der zurück, die seine Braut hatte werden sollen, auf so unverständlich schroffe Art, daß dieses Verhältnis, das immerhin auf gute Freundschaft gegründet gewesen war, nunmehr in Feindschaft ausartete.

Es war, als hasse er in dem Mädchen die verflossene Zeit, die Zeit des Zwanges zum Guten und zum Geraden, von der er sich innerlich von Tag zu Tag weiter entfernte. Kein Mensch haßt ja den Zwang, den Antrieb glühender als der, der seiner nicht entraten kann.

Hermann Reisner hatte jetzt täglich neue Herren und Berater. Von allen verlangte er unbewußt, daß sie ihm für etwas der Antrieb seien. Sie waren es ihm auch, und Hermann Reisner fügte sich ihnen. Nichts in der Welt findet leichter Willige und Sklaven als das Böse.

Um diese Zeit machte Hermann Reisner durch seine neuen Freunde die Bekanntschaft eines Weibes, von dem für sein ferneres Leben die entschiedende Wendung ausgehen sollte.

Er war zweiunddreißig Jahre alt, als er zum ersten Male mit Lena Körting zusammentraf, einer Frau, deren Alter nicht leicht zu bestimmen war, die manche für noch nicht dreißigjährig, andere schon für vierzigjährig hielten, von der aber, was alle bestätigten, die sie kannten, die sonderbare Macht ausging, Männer unter einem anzuziehen und abzustoßen, und sie in jedem Fall unglücklich zu machen.

Man hätte Lena Körting nur mangelhaft charakterisiert, wenn man gesagt hätte, daß sie schön sei, was sie im Grunde auch gar nicht war, und da das, was sie den Männern so gefährlich machte, mehr eine Eigenschaft ihrer Seele als ihres Körpers war.

„Ich glaube, daß es Ihnen Freude machen könnte, wenn einer, der Sie liebt, um Ihretwillen zum Schurken würde, — ja, daß das gerade allein Ihr Glück ausmachen könnte," sagte einmal Hermann Reisner zu ihr.

„Gewiß," antwortete sie darauf mit einem dunklen Lächeln, und ihre Augen, die versonnen dem Anblick eines Grausamen hingegeben schienen, bestätigten mit ihrem satten Glanz, daß sie die volle Wahrheit sprach.

Es gingen viele Gerüchte um sie. Man wollte wissen, daß sie eine Dänin sei, man dichtete ihr eine aristokratische Abkunft an und behauptete andererseits wieder, daß sie aus der Hefe des Volkes stamme und auf abenteuerliche Weise hochgekommen sei.

Wie es sich in Wirklichkeit verhielt, wußte niemand. Sicher war nur, daß sie in der Lage war, auf großem Fuß zu leben, frei und in recht abenteuerlichen Formen, und daß ihr ein Schwarm von Verehrern anhing, von denen sie keiner liebte, dafür alle begehrten.

Sie war ein Irrlicht.

Für Hermann Reisner wurde sie der Mensch, dessen Einfluß so stark und so zauberhaft auf ihn war, daß er nichts sehnlicher wünschte, als ihm zu unterliegen.

Er bot sich ihr vorbehaltlos an. „Wollen Sie mich?" sagte er zu ihr. „Nehmen Sie mich. Ich bin Ihr Sklave. Ich tue, was immer Sie von mir verlangen."

„Alles?" fragte sie.

„Alles," antwortete er in einer heißen Aufwallung seines Blutes, das zum ersten Male einen gebieterischen Zwang auf ihn ausübte, das schwer und wie gebunden in seinen Adern kochte und bereit war, alle Gefäße zu sprengen.

Er erlag widerstandslos ihrem Bann. Er ging in einer süß-schweren Trauer umher, glücklicher als je zuvor in seinem Leben und sich doch des Unheils dumpf bewußt, in das sie ihn allmählich einspann.

Er litt, aber liebte sein Leiden. Es bereitete ihm Qualen, wenn er sah, wie andere sich an ihr entzündeten, aber er hätte doch nicht leben mögen, wenn sie nicht die gewesen wäre, die die Männer brauchte, um froh zu werden, wenn sie litten. Die Eifersucht war der Atem, der seine Leidenschaft zu immer heftigeren Flammen entfachte.

„Es quält Sie, wenn ich andere liebe," sagte sie zu ihm, mit einem Lächeln, das sich hingab, „andere, alle — nur Sie nicht?"

„Es quält mich, ja."

„Warum dulden Sie es?"

„Was kann ich tun?" fragte er bestürzt.

Sie sah ihn eine Weile stumm an, so daß er es begriff, wenn andere, wie es hieß, sich um sie ruiniert hatten. „Was Sie tun sollen? Sie sind kein Mann, wenn Sie so fragen. Etwas, das mir zeigt, daß Sie meiner wert sind. Nicht nur meiner: überhaupt einer Frau! Bisher waren Sie das nicht."

„Wie?"

„Nein. Damit man eine Frau erringe, muß man zeigen, daß sie einem alles gilt. . . Wieviel gelte ich Ihnen?"

„Alles."

(Forts. folgt.)

gelangte ein Antrag zur Annahme, der verlangt, die nächste Reichskonferenz der Jungsozialisten im Jahre 1922 mit dem Parteitag der SPD. gemeinsam abzuhalten.

Als Delegierte nach Bielefeld wurden die Genossen Ebert, Keller, Lamm, Lurtz und Spengler entsandt. Vom provisorischen Reichsausschuß fahren nach Bielefeld die Genossin Uli Wissell, die Genossen Boch und Wegner.

Ein Wüstling wurde wegen einer ganzen Reihe von Sittlichkeitsverbrechen an schulpflichtigen Mädchen von der Kriminalpolizei gestern festgenommen. Der Unhold ist ein 42 Jahre alter Tischler Hermann Hartmann aus der Lübbener Straße 11, der sein schändliches Treiben eine ganze Zeit hindurch fortgesetzt hatte, ohne daß es zur Kenntnis der Kriminalpolizei gelangte. Hartmann machte sich an Mädchen, auch an solche von nur 12 Jahren, heran, sowohl an Mädchen aus dem Hause wie auch aus der Nachbarschaft, und wußte deren Vertrauen dadurch zu gewinnen, daß er ihnen Obst und Süßigkeiten schenkte. Dann lockte er sie in seinen Arbeitskeller und verging sich an seinen Opfern.

Betriebsänderungen bei der Berliner Straßenbahn. Vom 12. Juni d. J. ab tritt auf der Linie N, Kupfergraben—Charlottenburg, Straßenbahnhof, ein neuer Fahrplan in Kraft, über den die Aushänge in den Wagen näheres besagen. An Sonn- und Feiertagen wird diese Linie anstatt bis Spandau, Triftstraße, nach Bedarf bis nach Pichelsdorf durchgeführt.

Das nächste städtische Volkskonzert des Blüthner-Orchesters, welches am Montag, den 13. Juni, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11, stattfindet, bringt ein Programm lebender Komponisten. Karten sind zu haben bei Horsch, Engelufer 15; „Vorwärts", Lindenstr. 2, sowie an der Abendkasse.

Steglitz. Die Ausgabestelle der Zeitungs-Zentrale ist von der Schildhornstr 12 nach der Jahnstr. 31, Ecke Schildhornstraße, Restaurant Mahlow, verlegt worden. Wir bitten, Bestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung nach dorthin zu richten.

Potsdam. Die Ausgabestelle der Zeitungs-Zentrale, von welcher auch der „Vorwärts" zu beziehen ist, befindet sich von jetzt ab bei Frau Lack, Potsdam, Kurfürstenstr. 11. Wir bitten, alle Bestellungen nach dort zu richten. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Der Aufmarsch zur Avignon-Kundgebung im Lustgarten. Um der Bevölkerung Groß-Berlins die sichere Teilnahme an den Aufmarschzügen zur Avignon-Kundgebung im Lustgarten und hiermit zugleich einen guten Aufstellungsplatz zu gewährleisten, seien die Treffpunkte und Treffzeiten der Groß-Berliner Ortsgruppen der „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" hiermit bekannt gegeben: Norden I: 9 Uhr Seestraße; — Norden II: 9.30 Uhr Schönhauser Allee, Ecke Wörther Straße; — Westen: 9 Uhr Winterfeldtplatz; — Südwest: 9.30 Uhr Kreuzkirche, Planufer; — Süden: 9 Uhr Kottbuser Tor; — Osten: 9.30 Uhr Weberwiese, Memeler Straße, Ecke Frankfurter Allee; — Nordost: 9.30 Uhr Königstor (Platz vor dem Märchenbrunnen); — Teltow, Friedenau, Schöneberg: 9 Uhr Neues Rathaus, Schöneberg, Rudolf-Wilde-Platz; — Steglitz: 9.30 Uhr Rathaus; — Wilmersdorf: 9 Uhr Fehrbelliner Platz; — Charlottenburg: 9.30 Uhr Wilhelmplatz; — Weißensee: 9.30 Uhr Lindenthal, Sedanstraße; — Neukölln: 9 Uhr Hermannplatz, Kaiser-Friedrich-Straßen-Promenade; — Tempelhof: 9 Uhr. Der Aufmarsch im Lustgarten erfolgt um 10.30 Uhr vorm. Nach der Kundgebung findet die Zusammenstellung des großen Demonstrationszuges statt, der sich am Belle-Alliance-Platz auflöst.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 11. Juni:

Jungsozialisten. Gruppe Treptow. Abends 6 Uhr Treffpunkt zur Wanderung nach Malchow und Schwärzsee am Bahnhof Treptow. Treffpunkt für Nachzügler früh 5 Uhr am Bahnhof Treptow.

Sozialdemokratischer Männerchor Berlin-Mitte. Von ½8 bis 10 Uhr Alte Schönhauser Straße 23/24 Gesangstunde. Alle Sangesbrüder werden freundlichst eingeladen.

•

Charlottenburg. Die juristische Sprechstunde für den Monat Juni fällt aus.

107. Abt. Alt-Glienicke-Falkenberg. Große öffentliche Volksversammlung am Donnerstag, den 16. d. M., 7½ Uhr, im Deutschen Haus, Grünauer Str. 33. Thema: „Die drohende Außerbetriebsetzung unserer Straßenbahn". Ref. Bezirksverordneter Genosse Thiele.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Westpreußen-Verein Süden. Donnerstag, den 16. Juni, abends 7 Uhr, in Rabes Festsälen, Fichtestr. 29, Mitgliederversammlung und Unterhaltungsabend. — **Schlesier-Verein „Rübezahl" Charlottenburg.** Sonntag, den 12. Juni, Treffpunkt auf der Wiese hinter Restaurant Freund, Pichelsberge. Erkennung: kleine Flagge gelb-weiß. Spiel und Sport liebende Landsleute und Gäste willkommen. — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Lichtenberg, Bezirk 31.** Mitgliederversammlung am Dienstag, den 14. Juni, im Cecilien-Lyzeum, Rathausstr. 8, 7½ Uhr. Tagesordnung: Referat der Kameradin Bartels über „Hinterbliebenenfragen". — **Interessenvertretung der geschädigten Auslandsdeutschen.** Montag, den 13. Juni, 7½ Uhr, Versammlung in der Stadthalle, Klosterstraße. Wichtige Vorträge über das Entschädigungsverfahren. — **Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Treptow.** Am Sonnabend, den 11. Juni, abends ½8 Uhr, spricht in der Aula des Realgymnasiums, Neue Krugallee 7, in öffentlicher Versammlung Fräulein Hecker, Lehrerin am Pestalozzi-Fröbelhaus, über „Charaktererziehung im frühen Kindesalter". — **D. L. V. f. Naturkunde.** Sonntag, den 12. Juni, Brieselang. Ab Lehrter Bahnhof 7.15 Uhr, Putlitzstraße 7.21 Uhr nach Finkenkrug. — **Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin E. V. Abteilung Friedrichshain-Lichtenberg.** Montag, den 13. d. M., abends 7 Uhr, im Lokal von Bleckenhagen, Lichtenberg, Scharnweberstr. 60, Vortrag: „Das Nervensystem". Referent Dr. Gesinthal. — **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. M. Bie: „Beethoven als Mensch und Musiker". Mit Erläuterungen am Harmonium, hauptsächlich aus der 5. Symphonie. Gäste willkommen.

Sport.

Ruhleben. Das trübe, regnerische Wetter hat nicht vermocht, die Leute vom Besuch des Rennens abzuschrecken, wobei das Hauptereignis, der Jugendpreis, von den Zweijährigen bestritten, wohl das meiste Interesse erweckt haben wird. Bemerkenswert war die zahlreiche Besetzung der Rennen. 1. Rennen. 1. Rautendelein (Rauh jun.), 2. Morganat (G. Neuenfeld), 3. Jugland (Schillingman), 4. Aspirin (A. Mills). Tot.: 54 : 10, Pl. 19, 13, 77 : 10. Ferner liefen: Gladiator, Nordsee, Kronprinz I, Ethelbert, Walnußkern, Edinnard, Goldstern (disqualifiziert), Mariechen H., Harald I, Freifahrt, Mac Gregor, Handschlag, Schlips. — 2. Rennen: 1. Volkslied (Hähne), 2. Zip Kaiser (Baumgart), 3. Burgvogt (Unterreiter), 4. Wachtmeister Fritz. Tot. 105 : 10, Pl. 25, 35, 24 : 10. Ferner liefen: Perry K., Toni H., Flieger, Cybina disq., Hoflakai, Nil, Holsteinerin II. — 3. Rennen: 1. Simpel (L. Weitz), 2. Elschen (Hm. Schleus), 3. Glücksmädel (G. Neuenfeld), 4. Taifun I. Tot. 78 : 10, Pl. 21, 19, 15 : 10. Ferner liefen: Haschabell, Journalist, Hannelied, Sybill, Ibiris Onward, Frühauf. — 4. Rennen: 1. Kufertrub (W. Lemzer), 2. Pistole (Großmann), 3. Anita II (Weidmüller). Tot. 43 : 10, Pl. 22, 21 : 10. Es liefen außerdem: Crocus und Firn. — 5. Rennen: 1. Amorette (Jacobi), 2. Pupille (A. Mills), 3. Fiskus (Lichtenfeld), 4. Frida Bingen. Tot. 22 : 10, Pl. 13, 13, 13 : 10. Ferner liefen: Argentaria, Handfest, Nannette I, Mädel. — 6. Rennen: 1. Gerard A. (F. Schmidt), +2) Auktionator (W. Lemzer), +2) Marschall Hindenburg (Lautenbg.), 3. Allenstein. Tot. 21 : 10, Pl. 14, 14, 22 : 10. Ferner liefen: Long Pauline, Morgenwind, Arena I (totes Rennen). — 7. Rennen. I. Abt. 1. Wachtmeister Fritz (Knabe), 2. Fasner I (Steger), 3. Handstreich (W. Lemzer). Tot. : 102 : 10, Pl. 27, 20, 47 : 10. Ferner liefen: Pollux, Quecksilber I, Topinambur, Jaffus, Die Beste, Gudrun II, Josef. 7. Rennen. II. Abt. 1. Lasbecker (F. Schmidt), 2. Colonel Dillon (L. Weitz), 3. Erbtochter (E. Treuberg), 4. Erbschleicher. Tot. : 147 : 10, Pl. 33, 22, 34 : 10. Ferner liefen: Marder, Long Direct, Servus I, Fremdling, Xenokrates, Christel W. — 8. Rennen. 1. Johannes (Großmann), 2. Dr. Preßbourg (R. Grube), 3. Prefuia (Sinoratzki), 4. Cheifealand. Tot. : 92 : 10, Pl. 18, 14 : 10. Ferner liefen: Sigurd, Ottomar.

Arbeitersport.

Arbeitersportfest im Stadion Grunewald. Am Sonntag, den 12. Juni, nachm. 2 Uhr, veranstalten der Schwimmverein „Vorwärts" Berlin 1897 und die Märkische Spielvereinigung ein großangelegtes Sportfest im Stadion.

Die Arbeiterschwimmer werden in einem bei uns noch nicht gezeigten Massenreigen von zirka 150 Teilnehmern in Figuren- und Kunstschwimmen in 7 Bildern etwas ganz Neues bringen. Das Gruppenspringen von allen zur Verfügung stehenden Brettern wird besondere Aufmerksamkeit finden. In den Stafettenkämpfen werden sich Mädchen, Knaben, Jugend, Frauen und Männer spannende Kämpfe liefern. Leipzig und Hannover treten hier gegen die besten Mannschaften Groß-Berlins an. Zum Schluß finden 6 Wasserballspiele statt, und auch hier werden Leipzig-Hannover-Berlin im friedlichen Wettkampfe beweisen, daß die Arbeiterschwimmer in ihren Leistungen und ihrem Können nichts zu scheuen brauchen.

Die Arbeiterfußballspieler bringen ebenfalls ein sehr gutes Programm zur Aufführung. Schülerfußballspiel, Faust-, Raffball, Schwimmstafette, Stafettenläufe und Hockeyspiel werden vor dem größten sportlichen Ereignis der Fußballspieler, Städte-Wettspiel Hamburg-Berlin, vonstatten gehen. Berlin wie Hamburg treten in stärkster Aufstellung an, und verspricht dieser Kampf bei der guten Entwicklung, den die Arbeiter-Fußballbewegung in den letzten Jahren genommen hat, ein hochinteressanter zu werden.

Die Vorkämpfe finden bereits vormittags 10 Uhr statt. Eintrittskarten sind bei den Funktionären und in den mit Plakaten bedachten Geschäften zu haben. Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Zutritt.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" veranstaltet am Sonntag, den 12. Juni 1921, in Kaulsdorf-Süd, Restaurant Sanssouci, ein Waldfest, verbunden mit sportlichen Veranstaltungen, Reigenfahren, Kinderbelustigungen und Tanz. Für Bahnfahrer ist die beste Verbindung bis Bahnhof Sadowa, von da aus 10 Minuten Spaziergang durch den Wald. Arbeitersportler, kommt!

Der Wirtschaftsminister zur Wiedergutmachung.

Am 9. Juni fand eine vertrauliche Tagung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats gemeinsam mit dem sozial- und finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats statt, um die Erklärung der Regierung über die mit der Erfüllung des Ultimatums zusammenhängenden Pläne für die künftige Wirtschaftsgestaltung entgegenzunehmen.

Der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt führte aus: Die Regierung komme nicht mit einem völlig fertigen Programm. Wir wollen die einzelnen Probleme nur streifen und die Richtung weisen, in der sich die künftige Regelung bewegen müsse. Gefordert wird vom deutschen Volk eine feste Leistung von 2 Milliarden Goldmark jährlich, eine variable nach der Ausfuhr bemessene Leistung, die nach dem gegenwärtigen Stande auf etwa 1,25 Milliarden Goldmark zu berechnen ist, und schließlich die Leistungen auf Grund der Ausgleichsforderungen und für die Besatzungskosten. Das sind etwa 3¾—4 Milliarden Goldmark oder

50—60 Milliarden Papiermark,

die jährlich in Goldwerten aufzubringen sind.

Teilweise geschieht diese Leistung durch Erhebung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe in den feindlichen Ländern, zu deren Rückvergütung an den deutschen Exporteur in Papiermark die Reichsregierung verpflichtet ist. Im Zusammenhang hiermit steht die Frage, ob die Ausfuhr überhaupt gefördert oder gedrosselt werden soll, da sie als Index für die Höhe unserer Leistung gilt. Die Regierung ist der Ansicht, daß die

nutzbringende Ausfuhr erleichtert, die Einfuhr dagegen geregelt

und besonders bei Luxusartikeln möglichst beschränkt werden soll. Die Ausfuhr kann nicht dauernd als brauchbarer Boden für die deutsche Leistungsfähigkeit gelten, es soll die Aufgabe des Reichswirtschaftsrats sein, womöglich einen besseren Index, etwa die Erzeugung an Kohle, Erz und Eisen, den Ernteertrag, die Schuldenbelastung pro Kopf, den Ertrag der Umsatzsteuer oder die Verkehrsleistungen von Eisenbahn und Schiffahrt zu finden.

Den hohen Leistungen müssen hohe Einnahmen entsprechen. Die

Steuern

müssen ergiebig gemacht werden. Die **Umsatzsteuer und die Kohlensteuer** müssen erhöht werden, die letztere so, daß der Unterschied zwischen Inland- und Weltmarktpreis fortlaufend verringert wird. Es ist weiterhin unmöglich, auf Kosten des Etats und durch Erhöhung der Schuldenlast die Preise gewisser lebensnotwendiger Produkte künstlich niedrig zu halten. Diese Preispolitik hat niedrige Löhne und in manchen Industrien eine ungesunde Exportprämie zur Folge gehabt. Sowie sie aufgegeben wird, ist auch ein Ausgleich der Löhne und Gehälter notwendig.

Die hohen kommenden Steuern legen den Gedanken einer neuen Steuererhebung nahe. Die in der Oeffentlichkeit erörterten Steuersyndikate scheinen vorerst jedoch nur durchführbar, wo große Industrien sich bereits eine dafür benutzbare Organisation geschaffen haben. Als weitere Einnahmequelle kommt die Schaffung von neuen **Monopolen**, ferner die

Staatsbeteiligung an Realwerten

in Frage. Da Steuern allein keine genügende Deckung für 50 Milliarden pro Jahr ergeben können, muß der Gedanke einer Gewinnbeteiligung des Reiches bei Betrieben, so wie sie etwa in Schweden für den Bergbau, in Deutschland für das Reich bei der Reichsbank besteht, ins Auge gefaßt werden.

Zum Schlusse führte der Minister aus, daß das Kabinett alle diese Fragen noch nicht endgültig entschieden habe. Es sei beabsichtigt, Schritt für Schritt vorzugehen, jede denkbare Lösung des Problems zu prüfen und die schwere Last auf tragfähige Schultern zu legen. **Die Regierung sei fest entschlossen, alle Kräfte einzusetzen, um die Bedingungen zu erfüllen**, und hoffe dabei auf die Unterstützung des Reichswirtschaftsrates.

Hierauf ergriff der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch das Wort. Die Ausfuhr als Index der deutschen Leistungsfähigkeit ist schon deswegen unmöglich, weil zur deutschen Ausfuhr augenblicklich noch die Wiederausfuhr eingeführter Waren, der Veredelungs- und Austauschgrenzverkehr gerechnet wird, und die eingeführten Auslandsrohstoffe nicht abgesetzt werden. Eine schnelle Regelung dieser Fragen liegt auch im eigensten Interesse der Entente. Die unsoziale Ausfuhrabgabe bleibt bestehen nach dem Stande vom 13. Mai d. J., da eine weitere Abänderung durch die Annahme des Ultimatums unmöglich geworden ist. Die Ausfuhrkontrolle soll den neuen Notwendigkeiten angepaßt, im übrigen nach aller Möglichkeit erleichtert werden. Es bleibt dem Reichswirtschaftsrat vorbehalten, eine geeignete Form für die Ausfuhrbehandlung vorzuschlagen.

Eine Einfuhrregelung ist unbedingt notwendig, um jede vermeidbare Einfuhr, besonders die von Luxusgütern zu verhüten. Die Regierung ist fest entschlossen, die Gesetzgebung auf diesem Gebiete rücksichtslos zu handhaben, insbesondere auch mit Rücksicht auf das wiederentstehende Loch im Westen, und jede verbotenerweise eingeführte Luxusware entschädigungslos zu beschlagnahmen. Um eine lückenlose Durchführung an der Rheinzollinie zu ermöglichen, ist an eine an dieser Linie durchzuführende Kontrolle der Postpakete gedacht, für die ein Entwurf dem Reichswirtschaftsrat in den nächsten Tagen zugehen wird.

Zum Schluß gab der Staatssekretär die Richtlinien für die Gestaltung der

allgemeinen Wirtschaftspolitik

des Reiches. Die künstliche Verbilligungsaktion müsse aufhören. Die Selbstkosten der Produktion würden dann auf das durch die allgemeinen weltwirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Maß steigen und sich den Weltmarktverhältnissen angleichen. **Die darauf in Deutschland entstehenden Zwischengewinne gehörten der Abdeckung der Reparationslast.** Dadurch werde einerseits das sogenannte Valuta-Dumping und damit auch die Gegenmaßregeln der anderen Länder vermieden; andererseits zwinge dieser Druck zu einer **Rationalisierung der Wirtschaft**, die anders in gleicher Weise nicht zu erreichen sei. Die Produktionsgrundlage werde auch gefestigt werden durch Deckung des Etats und damit innere Festigung der Währung. Das Endziel der Regierung für ihre Maßnahmen sei stets die **Erhöhung der Produktivität**, die dem deutschen Volke verbleibt und dauernd nutzbar wird, auch wenn einst die Lasten abgetragen sind.

Vaterlandslose Schnapsfabrikanten.

In der Fortsetzung der Beratung über den neuen Entwurf, betreffend das Branntweinmonopol, richtete gestern der Referent, Kommerzienrat Untucht, im Reichswirtschaftsrat an die Vertreter der Regierung eine Anzahl Fragen, dahingehend, ob die Monopolverwaltung gehindert wird, im besetzten Gebiet den ablieferungspflichtigen Branntwein abzunehmen, ob sie behindert wird, die dortige Kundschaft aus ihren Branntweinvorräten zu beliefern, ob die großen Bestände der Monopolverwaltung beschlagnahmt worden sind, ob tatsächlich im besetzten Gebiet von **dortigen Spiritusinteressenten versucht worden ist, unter Beteiligung der Entente ein eigenes Branntweinmonopol zu schaffen**, das sich auf das besetzte Gebiet beschränkt, und ob Frankreich und Belgien versuchen, erhebliche Mengen von Branntwein in das besetzte Gebiet hineinzubringen, um damit vielleicht zu erreichen, daß beim Fallen der Zollschranken diese Bestände nachher von der deutschen Monopolverwaltung übernommen werden müssen.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministers erklärt, auf diese Fragen noch keine erschöpfende Antwort geben zu können. Der Versuch, erhebliche Mengen Branntwein in das besetzte Gebiet hineinzubringen, sei leider Tatsache.

Der Präsident der **Monopolverwaltung** bestätigt, daß die Brenner durch die Anforderungen der Entente gezwungen sind, Steuern in einem Umfange zu entrichten, wie sie vom Reiche nicht gefordert werden.

Der Referent sieht durch diese amtlichen Auskünfte seine Befürchtungen bestätigt und fordert die Regierung auf, sich der Angelegenheit anzunehmen. Die Aufgabe, die eigenen Einnahmen des Reiches angesichts der neuen Lasten des Reiches zu erhöhen, wäre durch diese Maßnahmen erschwert und die Entente hätte schließlich selbst den Schaden.

Der Entwurf wird mit einigen Abänderungen angenommen.

Der Entwurf einer Geschäftsordnung wird nach längerer Debatte mit einigen von Leipart, Umbreit und Aufhäuser beantragten Abänderungen angenommen. Im § 8, wonach die Ausschüsse das Recht haben, Unterausschüsse einzusetzen, wird die Befugnis dieser Unterausschüsse ausdrücklich auf die Vorberatung bestimmter Fragen beschränkt. Die Geschäftsordnung im ganzen wird sodann einstimmig angenommen.

Die Tabaksteuer.

Es folgt der Bericht des Finanzpolitischen Ausschusses zu einem Antrag Bernhard, betreffend Abänderung des § 45 des Tabaksteuergesetzes. Der Antrag Bernhard lautete: Der § 45 des Tabaksteuergesetzes ist dahin zu ändern, daß der versteuerte Banderolepreis nicht länger Mindestverkaufspreis für Zigarren und Zigaretten bleibt.

Chefredakteur **Bernhard** (Vertreter der Presse): Der § 45 des Tabaksteuergesetzes legt auf Grund der Banderole sowohl den Höchst- als Mindestverkaufspreis für Zigarren und Zigaretten fest. Diese Preisstaffelungen sind sehr merkwürdig. Bei den Zigaretten macht der Preis von einer zur anderen Sorte immer

einen Sprung von zehn Pfennig.

Bei teueren Zigarren wird die Preisdifferenz erheblich höher. Würde es möglich sein, mit genügendem Verdienst eine Zigarette mit 31 Pfg. zu verkaufen, so ist das nicht angängig, und es müssen 40 Pfg. genommen werden, weil unter dem Banderolepreis nicht verkauft werden darf. Der Ausschuß war daher der Ansicht, daß der Steuersatz nicht gleichzeitig der Verkaufspreis sein dürfte, oder aber, daß eine andere Staffelung eintritt. Wenn dagegen Klage erhoben wurde, daß zwar Sachverständige der Industrie, nicht aber des Handels gehört worden seien, so liege das daran, daß es sich um eine Anregung aus industriellen Kreisen handelte. Es läßt sich schlechterdings nicht verteidigen, daß eine jetzige Zweimarkzigarre, die noch eine Steuer von 15 Pf. zu tragen haben wird, nicht zu zweimarkfünfzehn, sondern zu zweimarkfünfzig verkauft wird. Ich bitte um Annahme des Antrags.

Die Vorlage wird angenommen.

Einstimmig angenommen wird folgender Antrag des Wasserwirtschaftlichen Ausschusses:

Zur Linderung der Arbeitsnot, namentlich in dichtbevölkerten Gegenden oder in der Nähe von Großstädten, ist die Inangriffnahme und Fortführung der als baubedürftig befundenen

Kanal- und Talsperrenpläne

dringend zu befürworten. Deutschland hat zirka 7,6 Milliarden Kilowattstunden an Wasserkräften, von denen wenigstens 50 Proz. nutzbar gemacht werden können, was eine jährliche Kohlenersparnis von 5,1 Milliarden Tonnen bedeutete. Derzeit werden nur 10 Proz. der Wasserkräfte ausgenützt. Wir müssen von unten herauf arbeiten durch Einrichtung von Bezirksversorgungswerken mit gegenseitiger Verkuppelung, da für eine großzügige planmäßige Unternehmung die Finanzen nicht ausreichen.

Bürgermeister Dr. **Berthold** (Verbrauchervertreter der kleineren Landgemeinden) berichtet über seinen vom Finanzpolitischen Ausschuß angenommenen Antrag, der Reichsregierung zu empfehlen, in Erwägungen über Abhilfemaßnahmen einzutreten gegen die außerordentliche

Belastung der Sparkassen

und der hinter ihnen stehenden öffentlichen Verbände mit Kriegsanleihen. Die Sparkassen hätten 24 Milliarden — etwa ein Drittel des Gesamtbetrages, gezeichnet. Eine Abhilfe könnte gefunden werden in der Gleichstellung mit den Genossenschaften hinsichtlich der Bestimmungen betr. das Reichsnotopfer usw. oder auf andere geeignete Weise.

Oberbürgermeister A. D. **Künzer** (Vertreter der Sparkassen): In den Sparkassen steckt wohl ein Drittel des gesamten Nationalvermögens. Von den 24½ Milliarden Kriegsanleihen befinden sich noch 11 Milliarden in den Tresors der Sparkassen, der Verlust daran beträgt 2—2½ Milliarden, wovon 86 Proz. noch ungedeckt sind. Kaufmännisch betrachtet sind

die Sparkassen überschuldet,

ihr Verlangen nach Reichshilfe ist begründet.

Der Antrag wird unter Streichung des Schlußpassus angenommen. Es folgt der mündliche Bericht des Finanzpolitischen Ausschusses betr.

Sondersteuer für Kraftfahrzeuge.

Dr. **Berthold** befürwortet den Antrag, der solche Sondersteuern für Kraftfahrzeuge in den einzelnen Gemeinden so lange gar nicht oder nur zeitlich begrenzt genehmigt sehen will, bis die geplante allgemeine Fahrzeugsteuer eingeführt ist. — Nach kurzer Debatte wird der Antrag unter Streichung der Worte „gar nicht, oder" angenommen. Die beiden Anträge über internationale Vereinbarung zur Feststellung von im Ausland befindlichen Vermögenswerten und über den Ausbau der Handelsstatistik werden infolge Abwesenheit zuständiger Regierungsvertreter — dies obwohl der Reichskanzler besonderen Wert auf die Behandlung dieses Punktes durch den Reichswirtschaftsrat gelegt hat — von der Tagesordnung abgesetzt.

Ohne Aussprache wird darauf ein Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses angenommen, daß erwerbslosen Arbeitnehmern bei Eintritt in eine auswärtige Arbeitsstelle eine **Fahrpreisermäßigung** eingeräumt werde, obwohl eine schriftliche Aeußerung des Verkehrsministers dagegen vorliegt.

Die Vollversammlung vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

•

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß schon die Nationalversammlung auf sozialdemokratischen Antrag, den Minister Erzberger befürwortete, einstimmig internationale Vereinbarungen zur Feststellung von ins Ausland verschobenen Kapitalien gefordert hat.

Geschäftliche Mitteilungen.

„In der Morgenstunde" kündigen die **Kleiderwerke Barr Sohn**, alleinige Verkaufsstelle Berlin, Chausseestraße 29/30, in dem gestern veröffentlichten Inserat preiswürdige Sachen an, z. B. Herrenanzugstoff, Herren-Buckskinhosen aus sehr haltbaren Stoffen usw. Wetterdichte Pelerinen für Herren und Damen und Herrenartikel werden billig angeboten.

Aus aller Welt.

Raubüberfall auf der Eisenbahn. Ein schwerer Raubüberfall wurde in einem Abteil zweiter Klasse in dem in Dortmund um 1 Uhr nachts eintreffenden Personenzuge auf die Hotelbesitzerin Meyer aus Dortmund verübt. Der Verbrecher suchte die Reisende zu betäuben und schlug ihr mit einem eisernen Gewicht die Schädeldecke ein, weil sie sich zur Wehr setzte. Dann nahm er ihr den Halsschmuck ab, streifte ihr die Ringe von den Fingern und bemächtigte sich ihres Handgepäcks. Bevor die Frau bewußtlos wurde, konnte sie noch die Notbremse ziehen. Als der Zug stand, lief der Räuber die Böschung hinunter und verschwand hinter den dort lagernden Holzstapeln. Die sofort aufgenommene Verfolgung verlief ergebnislos. Die tödlich verletzte Frau wurde in einem Dortmunder Krankenhause untergebracht.

Bei einem Großfeuer in dem Unterengadiner Dorf Sent sind 50 Häuser innerhalb $1\frac{1}{2}$ Stunden niedergebrannt bis Hilfe kam, da die Bevölkerung auf den Feldern und im Walde beschäftigt war. Die Gebäude waren versichert, die Fahrhabe aber nur wenig. Der Viehstand ist verloren. Der Brand soll durch Kaminschaden entstanden sein. 150 Personen sind obdachlos.

Straßenbezeichnung mit Ziffern ist u. a. in Mannheim längst eingeführt und durch die vollkommen lineare Anlage der Stadt gerechtfertigt. Daß aber uralte Städte plötzlich dazu übergehen, ist kaum stilgerecht; trotzdem ist der Bergwerksstadt Dux an der deutsch-tschechischen Sprachgrenze kein anderes Mittel übrig geblieben, um ihre tschechische Minderheit von dem landesüblichen Kampf gegen deutsche Straßentafeln abzubringen. In dem nahen Bilin ist man der Zerstörung durch Entfernung der Tafeln zuvorgekommen. Jetzt drohen die Hauptkampfhähne Wehe all denen an, die sich an einer Geldsammlung für tschechische Straßentafeln nicht beteiligen würden — also auch der deutschen Mehrheit. Indessen hatte das Meeting, wo diese Parole ausgegeben wurde, nur 200 Besucher.

Börsenspekulationen eines Entente-Delegierten. Der französische Oberstleutnant Graf Gaillard in Budapest erstattete gegen den Börsenkommissionär Kalman Anzeige unter der Beschuldigung, dieser habe ihm zu Spekulationszwecken an der Budapester Börse übergebene Gelder veruntreut. Graf Gaillard behauptet, zur Deckung höchstseiner Börsenspekulationen dem Kommissionär 120 000 französische Frank ausgehändigt zu haben. Kalman hingegen leugnet den Erhalt des Geldes. Die polizeilichen Ermittlungen haben indessen ergeben, daß eine Pariser Bank tatsächlich die genannte Summe nach Budapest an Kalman überwiesen hat. Daraufhin wurde der Börsenkommissionär von der Polizei verhaftet.

Wieder einer! Wie der römische „Messagero" mitteilt, ist das Luftschiff Ausonio, eines der Zeppeline, die Italien von Deutschland erhalten hatte, in seiner Halle infolge starken Windes von seiner Aufhängeankerung losgerissen worden und vollständig zusammengebrochen. Das Luftschiff hatte noch vor kurzem einen Flug nach Sardinien ausgeführt.

Minentod. Der Dampfer Bubulina ist, von Smyrna kommend, auf eine Mine gestoßen und gesunken. Von den 240 Passagieren, die sich an Bord befanden, konnten nur zwei durch die Mannschaft des Panzerschiffes Lemnos gerettet werden.

Geschäftsbericht der Dresdner Bank 1920.

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich noch immer im Stadium des Ueberganges. Durch wiederholte außenpolitische Störungen, durch die Unsicherheit in Oberschlesien und die Ungewißheit über die mit den Volksabstimmungen in den Grenzgebieten verbundenen Entscheidungen wurde der Gang der Wirtschaft im Jahre 1920 gehemmt. Fehlte so schon jede sichere Unterlage für einen geregelten wirtschaftlichen Betrieb, so brachten der Kapp-Putsch und die daran anschließenden kommunistischen Unruhen und da und dort immer wieder aufflackernde Streikbewegungen weitere Schwierigkeiten. Die industrielle Arbeit blieb durch die Rohstoff- und Kohlenknappheit beeinträchtigt. Zwar ist eine Erhöhung der Arbeitsleistung des einzelnen gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, und es konnten Reparaturen an den industriellen Anlagen und im Verkehrswesen in größerem Umfange nachgeholt werden; aber noch bleibt die Arbeitsleistung ganz erheblich hinter der Friedensziffer zurück, und wird die Ausnutzung der industriellen Anlagen nur auf etwa 50 % geschätzt, noch stockt, zum Teil infolge behördlicher Zwangsmaßnahmen, die Bautätigkeit, so daß in allen Städten eine unerträgliche Wohnungsnot besteht und es trotzdem der Industrie an Aufträgen auf diesem Gebiet fehlt. Einfuhr und Ausfuhr erreichten der Menge nach nur knapp ¼ der Friedenszahl. Der Passiv-Saldo des Außenhandels war verhängnisvoll groß, er ist auf mindestens 50 Milliarden Mark zu schätzen.

Die Valuta hat sich unter diesen Umständen während des Jahres weiter verschlechtert, wenn auch gegenüber dem im Februar erreichten ungünstigsten Stand eine Erholung zu verzeichnen ist; der Dollar kostete zu Jahresanfang M. 50.—, im Februar M. 104.—, am Jahresschluß 73.37. Die Schuld des Reiches und der Länder stieg im Verlauf des Jahres 1920 von 280 auf 300 Milliarden Mark, wozu nunmehr noch die aus der Annahme des Ultimatums sich ergebenden Schuldverpflichtungen treten. Die Herstellung des Gleichgewichts des Reichshaushalts bietet somit außerordentliche Schwierigkeiten, zumal die direkte Steuerbelastung der Einkommen und Vermögen das erträgliche Maß heute bereits übersteigt und in ihrer vollen Schwere nur eine verhältnismäßig kleine Schicht von Zensiten trifft, da eine gleichmäßige Veranlagung und Erhebung der direkten Steuern bis jetzt noch nicht möglich gewesen ist, und die Ungerechtigkeit in der Veranlagung sich um so fühlbarer macht, je höher die Steuersätze sind. Die von 15 bis zu 60 % ansteigende Einkommensteuer trifft schon die über 50 000 Papiermark, das sind also etwa 4000 Goldmark, hinausgehenden Einkommen mit 45 %. Die infolge der aus Krieg und Versailler Vertrag herrührenden Wirtschaftsschädigungen mehr denn je in Deutschland nötige Spartätigkeit wird durch diese hohe Einkommensteuerbelastung in verhängnisvoller Weise gehemmt. Dies wird dann deutlich zutage treten, wenn nicht mehr wie bisher die steigende Inflation über den Mangel an Kapitalneubildung hinwegtäuscht. Ein Ausgleich des Reichshaushaltes darf daher ebensowenig durch weitere Eingriffe in die Vermögenssubstanz wie durch Erhöhung der Einkommensteuer gesucht werden, und es bleibt, abgesehen von den unbedingt notwendigen Ersparnissen in der Verwaltung, im wesentlichen — trotz innerpolitischer Bedenken — nur ein Ausbau der indirekten Steuern möglich.

Der Notenumlauf einschließlich der Darlehnskassenscheine stieg von 49 auf 81 Milliarden Mark, und der Geldmarkt war angesichts dieser Inflation während des ganzen Jahres außerordentlich flüssig. Der Bankdiskont, dem allerdings zurzeit nur nominelle Bedeutung zukommt, blieb unverändert 5 %.

Der Börsenverkehr, der während des größten Teiles des Jahres außerordentlich lebhaft war, erhielt zeitweise durch Käufe aus dem Ausland sowie durch von der industriellen Konzentrationsbewegung ausgehende Majoritätskäufe besondere Anregung; die Aktienkurse erfuhren im Verlauf des Jahres eine starke Steigerung. Auch der Devisenverkehr war während des größten Teiles des Jahres sehr lebhaft. Die großen Schwankungen der Valuta sind ein weiteres Hindernis für einen geregelten Wirtschaftsverkehr, da sie eine zuverlässige Kalkulation in Handel und Industrie erschweren.

Der durch die Geldentwertung hervorgerufene Kapitalbedarf in Handel und Industrie konnte von den Aktiengesellschaften in großem Maßstabe durch Ausgabe von Aktien und Anleihen gedeckt werden, welche meist ohne besondere Schwierigkeit auf dem durch die anhaltende Inflation bisher durchaus aufnahmefähigen offenen Markte untergebracht werden konnten. Daneben bestand steigende Nachfrage nach Bankkredit, den wir unserer Kundschaft bereitwilligst in größerem Umfang zur Verfügung stellten, zumal es sich in den meisten Fällen lediglich um vorübergehende Inanspruchnahme handelte.

Die Zukunft der deutschen Wirtschaft erscheint in erster Reihe davon abhängig, daß es gelingt, den großen Passiv-Saldo unserer Handelsbilanz und die uns jetzt vorgeschriebenen Wiedergutmachungsleistungen durch außerordentliche Steigerung unserer Ausfuhr bei möglichst sparsamer Einfuhr aufzubringen. Im Vergleich zu den, im Jahre 1920 allerdings besonders großen, Ausfuhrziffern Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika von 350 bzw. über 500 Milliarden Papiermark mag die deutsche Ausfuhr von schätzungsweise 60 Milliarden Mark steigerungsfähig erscheinen. Um diese Ausfuhr zu vervielfachen, genügt es indessen nicht, die Erzeugung zu steigern, sondern Deutschland muß auch für die Waren, die es auf dem Weltmarkt anbieten kann, Abnehmer finden: Schutzzölle und Sanktionen, wie sie in einer Reihe von Ländern eingeführt oder geplant sind, müssen schließlich nicht nur die deutsche Ausfuhr, sondern auch die Gesamtwirtschaft Deutschlands und damit seine Fähigkeit, als Käufer auf dem Weltmarkt aufzutreten und Wiedergutmachungen zu leisten, beeinträchtigen.

Die Ueberzeugung, daß dem deutschen Außenhandel keine besonderen Einschränkungen auferlegt werden dürfen, wenn die Weltwirtschaft gesunden soll, scheint in einsichtigen Wirtschaftskreisen auch des uns früher feindlichen Auslandes an Ausdehnung zu gewinnen; sie muß indessen auch in die Praxis überführt werden. Ein anhaltender Ausfall der deutschen Kaufkraft kann nicht ohne schädigenden Einfluß auf die Kaufkraft aller mit ihm in Handelsbeziehung stehenden Länder bleiben und würde sich mit aller Schärfe im Mechanismus des Welthandels geltend machen. An der Hebung der deutschen Wirtschaft sind daher alle an der Weltwirtschaft beteiligten Länder interessiert. Von der künftigen Stellungnahme der Alliierten und der Handelspolitik des Auslandes gegenüber Deutschland, aber auch von der Entscheidung darüber, ob Deutschland durch die Losreißung der unentbehrlichen oberschlesischen Kohlengruben und der allein durch deutsche Arbeit aufgebauten oberschlesischen Industrie eine weitere unabsehbare Schädigung erfahren soll, wird nicht nur das Schicksal der deutschen, sondern auch das der internationalen Wirtschaft abhängen.

Für unser Institut war die geschäftliche Entwicklung im vergangenen Jahre befriedigend. Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches belief sich auf M. 1 069 647 748 714.55 gegen M. 339 800 415 001.80 im Vorjahre. Die Zahl der Konten stieg von 427 896 in 1919 auf 490 848 Ende 1920. Die Zahl der Angestellten betrug am Jahresschluß 12 681 gegen 9810 im Vorjahre. Nach besonders vorsichtiger Bilanzierung, wie sie durch die Unsicherheit der allgemeinen Verhältnisse geboten ist, verbleibt ein Rohgewinn von M. 423 495 061.25 gegen M. 136 007 231.75.

Im einzelnen betragen die erzielten

Gewinne auf	1920	gegen 1919
Sorten- und Zinsschein-Konto	M. 11 883 915.70	M. 5 972 036.35
Wechsel- und Zinsen-Konto	„ 230 139 166.35	„ 81 061 490.85
Provisions-Konto	„ 175 134 019.75	„ 48 227 005.15
Konto Dauernde Beteiligungen	„ 5 627 488.70	„ 2 364 310.45

Das Erträgnis auf Wechsel- und Zinsen-Konto hat schon mit Rücksicht auf die Zunahme der fremden Gelder eine erhebliche Steigerung erfahren; bezüglich der Gewinne auf Provisionskonto ist daran zu erinnern, daß die Erhöhung der Provisionssätze im Bankgewerbe im Jahre 1920 voll zur Geltung gekommen ist. Der Steigerung der Provisionseinnahmen um 127 Millionen Mark steht indessen eine Erhöhung der Unkosten und Steuern um 220 Millionen Mark gegenüber; dieselben betragen M. 314 768 985.35 (einschließlich der aus dem Reingewinn abgesetzten Vergütungen an die Beamten) gegen M. 94 549 192.30 in 1919. Insbesondere sind die Gehälter und Teuerungszulagen im Verlaufe des Jahres, wie bereits im vorigen Geschäftsbericht in Aussicht gestellt, weiter erheblich gestiegen. Im Herbst trat der Reichstarif für die Bankbeamten in Kraft. Wenn er auch eine gewisse Beruhigung in die Beamtenschaft gebracht hat, so hat er doch den bei Kopfarbeitern besonders schwerwiegenden Nachteil, daß er die Tendenz zur Nivellierung in sich trägt. Wir können in ihm daher einen Fortschritt nicht erblicken.

Es verbleibt ein Reingewinn von M. 144 226 126.— gegen M. 50 638 088.46, aus dem wir die Ausschüttung einer

Dividende von 12½ %

gegen 9 % im Vorjahre beantragen.

Seit unserem letzten Bericht haben wir neue Niederlassungen in Danzig, Duisburg (unter Uebernahme des Bankhauses A. Hilger G. m. b. H.) und in Würzburg errichtet. Wir haben in der Ausdehnung unseres Filialnetzes größtmögliche Zurückhaltung geübt, werden aber genötigt sein, die Lücken, die sich durch das Fehlen eigener Niederlassungen an einigen größeren Plätzen noch zeigen, auszufüllen, und beabsichtigen in Essen a. Ruhr, als dem Zentrum des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, sowie in Halle a. d. Saale Filialen zu errichten. Der Raummangel zwang an verschiedenen Plätzen zu Neuerwerbungen von Grundstücken und Vergrößerungsbauten; die hierbei durch Ueberteuerung entstandenen Kosten schlagen wir vor abzuschreiben.

Der Stand der Liquidation unserer Londoner Filiale hat sich nicht wesentlich verändert; sie wäre weiter geführt worden, wenn die Londoner Niederlassungen der deutschen Banken in das Abrechnungsverfahren eingeschlossen worden wären. Unsere Filiale in Bukarest hat ihre Tätigkeit aufgenommen, doch schreitet ihre Entwicklung infolge der noch ungeklärten politischen Verhältnisse einstweilen nur langsam vorwärts. Unsere Amsterdamer Vertretung Proehl & Gutmann haben wir unter eigener Beteiligung, die auf Konto „Dauernde Beteiligungen" verbucht ist, in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Die Entwicklung ihrer Geschäfte entspricht unseren Erwartungen.

Die Deutsch-Südamerikanische Bank wird für 1920 10% Dividende gegen 8 % für 1919 zur Verteilung bringen. Ein ausführlicher Geschäftsbericht des Instituts wird in den nächsten Tagen erscheinen.

Bei der Deutschen Orientbank haben die Berliner und Hamburger Niederlassung befriedigende Ergebnisse erzielt. Im übrigen verweisen wir auf das im letzten Bericht darüber Gesagte.

Ueber einzelne Bilanzposten ist folgendes zur Erläuterung zu bemerken:

Wertpapiere und dauernde Beteiligungen.

Die eigenen Wertpapiere bestanden am 31. Dezember 1920 aus:

a) Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	M.	11 918 367,05
b) sonstigen bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbaren Wertpapieren	„	9 450 342,30
c) sonstigen börsengängigen Wertpapieren	„	95 500 785,70
d) sonstigen Wertpapieren	„	8 235 905,85
	M.	121 205 301,90
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken	M.	77 211 685,85

Die Steigerung dieses letzten Kontos erklärt sich im wesentlichen durch die Uebernahme von Anteilen bezw. Aktien der Hardy & Co. G. m. b. H. und Dürener Bank, sowie durch die Beteiligung an der neu errichteten Bank für das Nahetal Aktien-Gesellschaft und an der Firma Proehl & Gutmann in Amsterdam.

Konsortialbeteiligungs-Konto.

Der Gewinn aus Konsortial-Geschäften und derjenige des Effekten-Kontos ist nach Abzug von 4% Geldzinsen, welche dem Zinsen-Konto zugute gekommen sind, zu Abschreibungen verwandt worden.

Unser Konsortialbeteiligungs-Konto zeigt folgende Zusammensetzung:

1. Fünf Beteiligungen an festverzinslichen Werten	M.	27 003 665,10
2. Sieben Beteiligungen an Eisenbahn- und Straßenbahn-Unternehmungen	„	9 915 793,50
3. Fünf Beteiligungen an elektrischen und Kabel-Unternehmungen	„	3 383 290,25
4. Elf Beteiligungen an Banken und Versicherungsgesellschaften	„	13 348 891,—
5. Sechs Beteiligungen an Bergwerks- und Hüttenunternehmungen	„	19 056 650,05
6. Dreiundfünfzig Beteiligungen an and. Unternehmungen	„	2 069 450,40
	M.	71 577 149,30

Bankgebäude und sonstige Immobilien.

Die Erhöhung des Saldos beim Konto „Bankgebäude" erklärt sich durch Erwerbung von Häusern in Brieg, Duisburg, Eisenach, Greiz, Hamburg, Heidelberg, Linden, Lübeck, Mannheim, Münster, Stettin und Würzburg sowie durch Um- und Neubauten an verschiedenen Plätzen.

Unser gesamter Immobilbesitz bleibt mit vertragsmäßig noch nicht ablösbaren Hypotheken im Betrage von M. 4 271 480,34 belastet.

Pensions-Fonds-Konto.

Das Guthaben des im Jahre 1879 begründeten Pensionsfonds

betrug am 31. Dezember 1919	M.	10 000 000,—
hierzu kamen Zinsen im Jahre 1920	„	506 453,15
Rückvergütungen des Beamtenversicherungsvereins	„	80 129,20
	M.	10 586 582,35
hiervon ab gewährte Pensionen	„	838 721,30
	M.	9 747 841,05
Durch die von uns beantragte Zuweisung von	„	10 252 158,95
wird er die Höhe von	M.	20 000 000,—

erreichen.

Die von uns an den Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes im Jahre 1920 gezahlten Prämien beliefen sich auf M. 2 041 303,75.

Rücklage-Konto.

Die ordentliche Rücklage beläuft sich auf	M.	31 000 000,—
die Rücklage B auf	„	29 000 000,—

Durch die von uns beantragte Ueberweisung aus dem Reingewinn von M. 30 000 000,— wird sich die Rücklage B auf M. 59 000 000,— erhöhen, und die Gesamtreserven werden alsdann M. 110 000 000,— gleich 42,308 % unseres Aktienkapitals betragen.

In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrate beantragen wir, den als Ueberschuß der Aktiva über die Passiva sich ergebenden Reingewinn von M. 144 226 126,— wie folgt zu verwenden:

Zuweisung zur Rücklage B	M.	30 000 000,—
Abschreibung auf Bankgebäude	„	15 000 000,—
Abschreibung auf Mobilien-Konto	„	11 140 475,35
Zuweisung zum Pensionsfonds	„	10 252 158,95
Zuweisung z. Eugen-Gutmann-Fonds	„	3 000 000,—
Rückstellung für die Talonsteuer	„	500 000,—
4 % Dividende auf M. 260 000 000,—	„	10 400 000,—
	„	80 292 634,30
	M.	63 933 491,70
Satzungsgemäßer Gewinnanteil an den Aufsichtsrat	M.	3 089 189,—
Gratifikationen an die Beamten	„	35 000 000,—
8½ % weit. Divid. a. M. 260 000 000,—	„	22 100 000,—
Vortrag	„	3 744 302,70
	M.	63 933 491,70

Berlin, im Juni 1921.

Der Vorstand.

Nathan. Jödell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann. Ritscher. Frisch.

Deutscher Metallarbeiterverb. Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter 91/16

Alfons Hüttner

Thaerstraße 24

am 7. Juni gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Ehrenfelder Kirchhofes aus statt.

Ferner starb am 7. Juni unser Kollege, der Klempner

Emil Knopke

Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 165.

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 11. Juni, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch entriß mir der unerbittliche Tod nach kurzem, aber schweren, mit Geduld getragenem Leiden meinen innigstgeliebten, treusorgenden Gatten und Vater, meinen lieben Sohn, unsern lieben Bruder, Onkel und Schwager, den Bureauangestellten

Paul Vogel

im besten Mannesalter von 38 Jahren. 85/20

In tiefstem Schmerz, namens aller Hinterbliebenen.

Frieda Vogel geb. Vierth und Sohn Erich.

Die Einäscherung findet am Montag, den 13. Juni, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.

DRESDNER BANK.

Achtundvierzigste ordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 26 der Statuten werden die Aktionäre zur **achtundvierzigsten ordentlichen Generalversammlung**, welche **Donnerstag, den 30. Juni 1921, mittags 12 Uhr,** im Bankgebäude: **Dresden**, König-Johann-Straße 3, stattfinden wird, eingeladen.

Tagesordnung.

1. Vorlage des Jahresberichtes mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und den Bemerkungen des Aufsichtsrates hierzu.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat gemäß § 18 der Statuten.
5. Erhöhung des Aktienkapitals um 90 000 000.— Mark und Festsetzung der Bedingungen für die Ausgabe der neuen Aktien.
6. Aenderung der §§ 5 und 6 der Statuten im Hinblick auf die Kapitalerhöhung.

Zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung sind nach § 27 der Statuten diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der Generalversammlung nicht mitgerechnet, bei einer der nachverzeichneten Stellen:

bei der **Dresdner Bank** in **Dresden** und **Berlin** sowie ihren übrigen Niederlassungen,
bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** in **Leipzig**,
bei der **Württembergischen Vereinsbank** in **Stuttgart**,
bei der **Deutschen Vereinsbank** } in **Frankfurt a. M.**,
bei dem Bankhause **L. & E. Wertheimber** }
bei dem Bankhause **F. A. Neubauer** in **Magdeburg**,
bei dem Bankhause **A. Levy** } in **Köln**,
bei dem Bankhause **Siegfried Simon** }
bei der **Dürener Bank** in **Düren**,
bei dem Bankhause **Simon Hirschland** in **Essen**,
bei der **Eschweiler Bank** in **Eschweiler**,
bei dem Bankhause **Mayer & Gelhorn** in **Danzig**

gegen eine Empfangsbescheinigung hinterlegen und bis nach der Generalversammlung daselbst belassen.

Stimmberechtigt sind auch diejenigen Aktionäre, die eine Bescheinigung der **Bank des Berliner Kassen-Vereins** vorlegen, wonach ihre Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der letzteren nicht mitgerechnet, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt sind.

Dresden, den 8. Juni 1921.

Direktion der Dresdner Bank.

Nathan. Jödell.

Ein Versuch genügt und beweist

Seit ca. 30 Jahren bestbewährtes, im Gebrauch billigstes Waschmittel in garantierter Friedensqualität

Minlos'sches Waschpulver

wie ein Mann hängen Millionen dran.

Fort mit Seife und Soda! Minlos'sches Waschpulver spart Zeit, Geld und Arbeit. Garantiert unschädlich für die Wäsche

L. MINLOS & Co., KÖLN-EHRENFELD

Vertreter: Ferdinand Ladwig, Berlin, Gneisenaustr. 65. Fernspr.: Amt Moritzpl. 3563.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin :: N 54, Linienstraße 83—85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1867, 9714.

Achtung! **Bauschlosser!** Achtung!

Montag, den 13. Juni 1921, abends 5 Uhr

Branchen-Versammlung

der Bauschlosser und der Kollegen aus den Betrieben für gelochte Bleche

in der **Schulaula**, Weinmeisterstraße 16/17.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Rahmenvertrag. 2. Stellungnahme zur Tarifkündigung. 3. Branchenangelegenheiten. 91/17

Die Branchenleitung erwartet, daß in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung von allen Betrieben sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Neu! Neu!

Lothar Schücking:

Ein Jahr auf Oesel

Beiträge zum System

Ludendorff

geb. 12.—, brosch. 9,60

Sortiments - Buchhandlung Vorwärts

BERLIN SW 68, Lindenstr. 2

Aufpolstern, Sofabezüge, billigst. Pappelallee 12.

Erleichterte Zahlungsbedingungen. Herren-Kleidung nach Maß gute Verarbeitung — mäßige Preise. Annahme von Stoff zur Anfertigung. Sämtliche Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt. Julius Fabian Große Frankfurter Straße 37, II.

Das Ende der Arbeitslosigkeit u. Wohnungsnot!

Ein neuer gangbarer Weg zur Erlangung einer gesunden Existenz und Eigenheim **ohne eigenes Kapital!**

Jeder Volksgenosse muß die hochaktuelle Schrift gelesen haben. Schreiben Sie noch heute! — Zu beziehen gegen Voreinsendung von Mark 4,— (einschließlich Porto und Verpackung) vom Verlag „Fortschritt" (Abt. 3), Hamburg 23.

Monats-Anzüge

Covercoats, Paletots, Raglans Cutaways, Hosen

Verkauf zu enorm billigen Preisen Auswahl wie in Friedenszeiten — Keine Lombardware —

Leihhaus Brunnenstr. 5 a. Rosenthal. Tor

Ankauf und Beleihung jeder Wertsache

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Mignon
7 Uhr

Schauspielhaus
Torquato Tasso
7 Uhr

Deutsches Theater
7½ Uhr: Potasch u. Perlmutter
Stg. 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
8 Uhr: Frühlings Erwachen
Stg. 8 U.: Büchse der Pandora

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 U.: Danton (Auß. Abonn.)
Stg. 7 U: Danton (Auß. Abonn.)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
9 Uhr: Satans Maske
Maria Orska
Johannes Riemann, Paul Bildt

Berliner Theater:
Allabendlich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER
Hilde Wörner, Ralph Artur Roberts, Uschi Elleot, Herbert Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge van der Straaten, Isa Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg

Komische Oper
Opernspielzeit
Täglich 7¾ Uhr
Alt-Heidelberg
Oper von Pacchierotti
Stg. 3½: Der Barbier v. Sevilla

Rose-Theater
Wo die Schwalben nisten

Folies Caprice
Ecke Friedrich- u. Linienstraße
Täglich 8 Uhr:
Das neue Fräulein
Das weiße Blatt
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Grünecker.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7—9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste v. allen
Operette i. 3 Akt. v. Jean Gilbert
Varieté-Sensationen

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Zum ersten Male
7 Uhr: Die lange Jule

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Rosenmontag
(Haack, Loos, Schroth)

Central-Theater
8 Uhr: Jlonka
Deutsches Opernhaus
6½ Uhr: Tannhäuser
Friedr. Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Die Kleine aus der Hölle
Kl. Schauspielhaus
7½ Uhr: Reigen
Kleines Theater
7½ Uhr: Olga Limburg in Nur ein Traum
Lustspielhaus
7¾ Uhr: Arnold Rieck in Die spanische Fliege
Metropol-Theater
7½ Uhr: Die blaue Mazur
Neues Operettentheat.
7¾ Uhr: American-Girl
Neues Volkstheater
7 Uhr: Die St. Jakobsfahrt
Residenz-Theater
7½ Uhr. Max Adalbert in
Ab dafür!
Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: Die versilberte Braut
Schloßpark-Theat.
Steglitz, Schloßstraße 48
7½ U.: Timon
Thalia-Theater
7¾ Uhr: Mascottchen
Th. am Nollendorfplatz
3¾ Uhr: Die berühmte Frau
7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7½ Uhr: Morgen wieder lustig!
Trianon-Theater
7½ Uhr: Alfred Abel in: Am Teetisch
Th. i. d. Kommandantenstr.
7½ Uhr: Die goldene Freiheit
Walhalla-Theater
7½ Uhr: Scheidungsreise

Admirals-Palast
7½ Uhr: Abrakadabra
Morgen 7½: Abrakadabra

APOLLO
THEATER
7½ 7½
Die große Ausstattungs-Schau
Tip Tip Hurrah!
Ueber 150 Mitwirk. mit dem bekannten
Wilhelm Hartstein
Albert Paulig
Heinz Sarnow
Erna Alberti
Else Schlolcka
Orig.-Pferderennen

METROPOL
VARIETÉ - KABARETT
Behrenstraße 54
Präzis 7½ Uhr: Internat.
Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche Juni-Spielplan

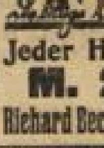
Reichshall.-Theater

Stettiner Sänger
Anfang 7½ Uhr
16. Juni:
Britton-Benefiz

Schau-Burg
Königgrätzer Straße 121.
Täglich 8½ Uhr:
Herrnfeld-Gastsp.
Wer ist der Vater?
Ab 7 Uhr:
Filmprogramm

INTERNATIONALES VARIÉTÉ
7³⁰
SCALA
LUTHERSTRASSE

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Th. a. Kottbuser Tor
Tel. Moritzpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr:

Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Größt. Lacherfolg
Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Russische Korrespondenz

Nr. 5 3465b*

Inhalt: **N. Lenin:** Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands (Ueber die Naturalsteuer) / **Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften** (Reden von **G. Sinowjew, L. Trotzki** und **A. Schlapnikow** auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands, Moskau, März 1921) / **N. Lenin:** Ueber die Einheit der Partei (Rede auf dem X. Kongreß der K. P. R.) / **N. Bucharin:** Ueber den Parteiaufbau (Rede auf dem X. Kongreß der K. P. R.) / **L. Kritzmann:** Aufbau der wirtschaftlichen Organisationen in Sowjet-Rußland / **E. Varga:** Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands / **Lenins Rede auf der Allrussischen Konferenz der Transportarbeiter / Der englisch-russische Handelsvertrag / Vertrag zwischen Rußland und Persien / Vertrag zwischen Rußland und der Türkei / Friedensvertrag zwischen Rußland, der Ukraine und Polen / J. Rappoport:** Die Wirtschaft Turkestans im Jahre 1920 / **A. Golzmann:** Das Problem des Arbeitslohnes.

128 Seiten **Preis 5 M.**

Zu beziehen durch Frankes Verlag G.m.b.H., Leipzig

NEUE WELT
Arnold Scholz ◎ Hasenheide 108-114
Heute sowie täglich:
Gr. Varieté-Vorstellung
(16 erstkl. Attraktionen)
Anfang 6 Uhr :-: Einlaß ½4 Uhr
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer ELITE-BALL

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Amboffe
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12072. Ecke Voltairestraße. Moritzplatz 12073.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
HERREN- Anzüge, Hosen, Sport-Paletots. | **DAMEN-** Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider.
Burschen-Anzüge
Gute Ware — Solide Preise — Große Auswahl
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Metall ankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Die billige Volkskleidung
Jeder Herrenanzug
M. 250.—
Richard Beckers Turmst. 55, I. (Kein Laden)

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9933

Jagdgewehre, Automatische Pistolen
usw. Ankauf, Verkauf, Umtausch
Gewehr-Fabrik
Gustav Rätzel, Berlin W 8, Markgrafenstr. 50

AKTIENGESELLSCHAFT VORM.
SEIDEL & NAUMANN
DRESDEN
Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON: Zentrum 10440

Rhein und Mosel
19er Winzenheimer kräftig blumiger Rheinhesse 14.50
Liersberger Mosel . . 12.— 19er Rüdesheimer . . 18.50
19er Caseler . . . . 21.— Roter Herxheimer . 11.50
Oesterreich. Süßwein 16.50 schwer süsser Malaga 24.75
Französischer Derby-Cognac Fl. **64.—**
Derby Weinbrand . . 49.50 Weinbrand Verschnitt . . 42.50
Maitrank würzige Frucht-Wein-Bowle . . . **7⁷⁵** frei Haus mit Flasche ohne Steuer
Für Versand und Literware besondere Engros-Preise
Norden 8214. Engros: Bergstr. 24, Gontard 4, Alexanderpl.,
J. F. Rauch Potsd. Str. 54 Hof, Invalidenstr. 164 u. in den Alt. Weinstub., Friedrichstr. 11, Gr. Frankf. 112, neb. Jandorf, Schönh. Allee 178, Brunnenstr. 174

Spezial-Arzt Dr. Scott f. alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis-, Salvarsankuren, Blutuntersuchung, Fäden i. Urin, Manneschwäche. Im ältesten Kur-Institut „Löser" nur Rosenthaler Str. 69-70. Dir.: A. Löser sen. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1. Damen separat

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

Gemäß § 8 der Wahlordnung für die Ausschußwahlen geben wir hierdurch den wahlberechtigten **Kassenmitgliedern** bekannt, daß die fristgerecht eingereichten Wahlvorschläge als gültig anerkannt sind. Nach der Reihenfolge des Eingangs haben erhalten:

1. Wahlvorschlag **des Gewerkschaftsringes,** eingereicht durch Hugo Basel, enthaltend 30 Vertreter, beginnend mit: Johannes Hein, Geschäftsführer, Berlin-Mariendorf, Lankwitzer Str. 7, die
Nr. I.
2. Wahlvorschlag der **Freien Gewerkschaften,** eingereicht durch Paul Jürgen, enthaltend 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner, beginnend mit: Siegfried Riebel, Neukölln, Heidelberger Str. 81, die 21/13
Nr. II.

Die Wahl findet am 21. Juni cr., von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, im Speisesaal der Firma Daimler, Motoren-Gesellschaft, Berlin-Marienfelde, und im Restaurant „Alter Gasthof", Berlin-Mariendorf, Dorfstr. 1, statt.

Wir fordern die wahlberechtigten Kassenmitglieder nochmals auf, sich rechtzeitig den erforderlichen Wahlausweis bei ihrem jeweiligen Arbeitgeber oder im Kassenlokal in den Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr ausstellen zu lassen.

Ohne Ausweis darf nicht gewählt werden.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe und 10 mal 8 Zentimeter groß sein.

Für die wahlberechtigten **Arbeitgeber** ist nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen, enthaltend 15 Vertreter und 30 Ersatzmänner, eingereicht durch W. Stolle, Abteilungsleiter, beginnend mit R. Stock & Co., Akt.-Ges., Marienfelde, Vertreter Direktor Roeste.

Sämtliche Vertreter und Ersatzmänner gelten gemäß § 9 der Wahlordnung als gewählt und fällt die für den 20. Juni cr. anberaumte Wahl der **Arbeitgebervertreter** aus.

Sämtliche Wahlvorschläge können von den Wahlberechtigten werktags von 8 bis 1 Uhr im Kassenlokal eingesehen werden. 21/13

Berlin-Mariendorf, den 10. Juni 1921.
Aug. Leip, Vorsitzender.

Bekanntmachung
des Ergebnisses der am 28. 5. 1921 stattgefundenen **Wahl der Arbeitnehmer-Vertreter** zum Ausschuß der Kasse.

Es sind von beiden Wahlvorschlägen die ersten 30 der ordentlichen Vertreter, der ersten und zweiten Ersatzmänner als gewählt zu betrachten.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse d. Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin. 21/11
gez.: R. Gottesmann, Vorsitzender
gez.: Fr. Reese, Schriftführer.

Neue Haare wachsen schon wieder
Reichel's Haarkraftwasser „Reel" wirkt Wunder nach 3maligem Einreiben. So oder ähnlich lauten viele Anerkennungen.
Fl. M. 11.— und 17.—
Otto Reichel, Berlin 43,
SO, Eisenbahnstraße 4.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstrasse 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends

Verkäufe

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85, Rotfüchse 75 M. an, Klaufüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen. Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 172K*

Anzüge, konkurrenzlos, elegante Ausführung, prima Zutaten, von 275 Mark an. Besuch ohne Kaufzwang sehr lohnend. Sanger, Münzstraße 28 II. 136/8*

Nähmaschinen, Teilzahlung Hahn, Prenzlauerstr. 20. *

Buckow-Wankliß, Acker und Wald, Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Hülsen, Steglitz, Bionvillestraße 12. Fernsprecher 2894. 147K

Warum 1000 Mark für einen Anzug oder Paletot! Jackettanzüge, Jünglingsanzüge verschiedene Sommerfarben, Cutaways, Gehrockanzüge, Covercoats, Marengopaletots, Gummimäntel, gestreifte, schwarze Hosen, ebenbürtig jeder Maßarbeit. Spottbillig bei Bürger, Reichenbergerstraße 150, vorn II. Fahrverbindung Kottbusertor, links um die Ecke. 8507b*

Leihhaus Schöneberg, Gehanstraße 1, gegenüber Bahnhof, beleiht höchstzahlend alles. Stets Verkauf von Wertsachen. Stephan 2033. Richard Eichelmann. 101K*

Kreuzfüchse 85,—. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. 187K*

Anzüge, 250,—. Covercoat 375,—. Gummimäntel 275,—. Hosen 45,— Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Leihhaus Friedrichstraße 3 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware. 143K*

Bettwäsche billigst! Zirka tausend Garnituren werden wegen baulicher Veränderung der Lagerräume fast zum Selbstkostenpreis abgegeben. Deckbetten 30, Kissen 11, Laken 20,50. Nur solange Vorrat. Lagerbesichtigung durchaus lohnend. Fahrtvergütung. Bettwäschefabrik, Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße. 163K*

Anzüge, hochelegant, infolge ungewöhnlich günstiger Stoffgroßkäufe 400,—. Extraanfertigen! Werkstatt, Elsasserstraße zwanzig, hochparterre.

Segeltuchschuhe spottbillig! Wienerstraße 28. 29/4

Möbel

Chaiselongue 100,—, Chaiselonguedecke 75,— Metallbetten 180,—, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststr. 32a, Quergebäude. 15K

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, im Norden: Badstraße 47/48, liefert gegen Bar- und Teilzahlung bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Liefere auch nach auswärts. 134K*

85 Schlafzimmer! Hell- und Dunkeleiche, Birke, Birnbaum, Kirschbaum, Mahagoni, Nußbaum, weiß und elfenbein ofenlackiert. Nur erstklassige Fabrikate, außerordentlich preiswert! Transport, Lagerung kostenlos! Berliner Möbelhaus Moritz Hirschowitz, nur Südosten, Skalitzerstraße 28, Hochbahn Kottbusertor. 128K*

Kleinste Anzahlung und kleine Abzahlung genügt, um sich eine komplette Wohnungseinrichtung zu beschaffen. Große Auswahl auch einzelner Möbel. Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, Lautawerk (Lausitz), Siedlung Süd, Haus 1. 169K*

Chaiselongues 200,— bis 575,—. Umbauplüschsofas. Auflagematratzen, Patentmatratzen 110,—. Meier, Stargarderstraße achtzehn. 135K

Teilzahlung! Stube und Küche zu Spottpreisen verkauft Schmitz, Möbelhaus, Adolfstr. 19.

Metallbetten 200,—. Polsterauflagen, Korbmöbel, billigste Gelegenheiten. Zingler, Neukölln, Weserstr. 212 I. 184K

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 103.

Billige Pianos, klaviertechnische Werkstatt, Möckernstraße 85, nur Gelegenheitskäufe. *

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat Köpenickerstr. 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 146K

Kotoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwarenfabrik, Brunnenstraße 168.

Schallplatten, Walzen, alte kauft Metallkontor M. Jahn, Alte Jakobstraße 138 (Hallesches Tor). *

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 168K*

Raulino Tabak
einmal versucht — immer verlangt.

Für kurze Pfeife

Schäg, roter	Streifen	50 gr	Mk. 2.50
„ lila	„	50 „	„ 2.75
„ grüner	„	50 „	„ 3.—
Raulinohaus beste Serie in Blechdose		50 „	„ 12.—

Zu haben in den Zigarren-Geschäften.

Fabrikniederlage für Groß-Berlin: **Max Ziegenhals, Berlin C 2, Poststr. 12**
Fernsprecher: Zentrum 8790 und 2977.

Hauptvertretung für den Großhandel: **Leo Hirschberg & Co., Frankfurt a. M.**
Fernsprecher: Hansa 1798, Hansa 3148.

71/1*

Unterricht

Stenographie, Schreibmaschine 40,—, landwirtschaftl. Buchführung 50,—. Halles Lehranstalt, Potsdamerstr. 116a.

Rudolf Maurer's Privatzuschneideschule (Carré-System), Inhaber Alfred Maurer, Friedrichstraße 61, gegründet 1871. Herren- und Damen-Schneiderei, Wäsche, Modenkunstverlag. *

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 389.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Tackscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7600. 73K*

Wöchnerinnenheim, Reinickendorfer Straße 53, nimmt Frauen und Mädchen zu mäßigen Preisen auf. Einzelzimmer. *

Vertrauensvolle Auskunft Arzt zur Stelle. Hebamme Dvls, Neue Königstr. 57 (Alexanderplatz). 182K

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Korsettnäherinnen sofort verlangt. Gebrüder Lewandowski, G. m. b. H., Korsettfabrik, Alexandrinenstraße 135/36. 3315b

Kartolithograph nur erste Kraft, sucht n. sofort Inst. Moser, Berlin W 35.

Anlegerinnen
geübte, für Buch- u. Steindruck-Schnellpressen, können sich melden **Alte Jakobstraße 5,** Hof 3 Treppen. 41/9

Bildungssekretär gesucht!

Für das östliche **Westfalen** und die lippischen Freistaaten (Sitz **Bielefeld**) suchen wir auf sofort einen **Bildungssekretär.**

Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Selbiger muß über eigenes Wissen und innere Festigkeit verfügen. Neben den Gewerkschafts- und Betriebsrätefragen soll er sich in der Hauptsache den kulturellen Aufgaben widmen. Gehalt nach Uebereinkunft.

Bewerbungen sind bis spätestens den 15. Juli 1921 zu richten an 158/19

Gewerkschafts-Sekretariat BIELEFELD Marktstraße 8, II

Arbeitslosenkrawall im Gewerkschaftshaus.

Das Berliner Gewerkschaftshaus war gestern der Schauplatz wüster Tumulte. Mittags, gegen 1 Uhr, erschien nach Besetzung sämtlicher Zugänge eine Deputation von Arbeitslosen im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und verlangte, daß dieser den zirka 2000 Arbeitslosen, die — offenbar von Kommunisten aufgehetzt — mit roten Fahnen erschienen waren, eine Erklärung darüber abgebe, was er zu tun gedenke, um seine bekannten zehn Forderungen zur Behebung der Arbeitslosigkeit durchzusetzen. Das zufällig allein im Bureau anwesende Vorstandsmitglied, unser Genosse Knoll, begab sich dann in die Höhle des Löwen und erklärte den außerordentlich erregten Demonstranten, daß ein Teil der Forderungen des ADGB. bereits erfüllt sei und daß der andere erfüllt werden würde. Sollte ein Rest zu erfüllen übrig bleiben, so würden die Mittel zu prüfen sein, die ihre Durchführung ermöglichten. Unser Genosse erklärte weiter, daß die Gewerkschaften im gegebenen Augenblick auch nicht davor zurückschrecken würden, alle geeigneten gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden, um der schreienden Not der Erwerbslosen ein Ende zu bereiten.

Das ganze Lexikon der kommunistischen Schimpfworte bekam der Redner natürlich an den Kopf geworfen. Außerdem aber wurde sehr stürmisch verlangt: **„Werft das Aas ins Wasser!" und „Ersäuft doch die ganze Bande!"**. Nur dem Einschreiten der besonnenen Elemente ist es zu verdanken, daß Genosse Knoll nicht im Engelbecken durch Arbeiterhände ein schmähliches Ende gefunden hat. Diesen „Edelmut" begründete ein Zwischenrufer mit dem Wort: „Na ja, sie haben uns schon den alten Graukopf runtergeschickt, weil sie wissen, daß wir dem so leicht nichts tun." Außer diesen persönlichen Bedrohungen wurde der ganzen Gewerkschaftsbewegung angekündigt, daß man sie „kurz und klein schlagen" und aus den Gewerkschaften herausgehen werde. Die Diskussionsredner erklärten, man würde heute sämtliche Gewerkschafts- und Magistratsangestellte, die in den Arbeitsnachweisen eine Funktion ausüben, hinausschmeißen und die Kontrolle selbst übernehmen. Das soll der Auftakt zu „größeren Dingen" werden. Man will die Demonstration nach dem Gewerkschaftshause tagtäglich in verstärktem Maße wiederholen und wird, wie aus den Drohungen zu schließen ist, dann, wenn die Aktion die genügende „Steigerung" erfahren hat, auch nicht vor dem äußersten Mittel zurückschrecken.

Dieser Tatbestand ist für die Arbeiterschaft äußerst beschämend. Eben ist ein von Freund und Feind anerkannter Arbeiterführer durch die Hand eines Mörders gefallen, der aller Wahrscheinlichkeit nach im Lager der Reaktion zu suchen ist. Das eben vergossene Blut sollte allen Arbeitern die Notwendigkeit vor Augen führen, dem unglückseligen Bruderkrieg in ihren Reihen eine Ende zu setzen. Durch solche wüsten Auftritte, wie sie oben beschrieben sind, wird man dieser Notwendigkeit nicht im geringsten gerecht. Ganz im Gegenteil! Das Bürgertum reibt sich vor Vergnügen die Hände und sieht schon den Tag herankommen, an dem auch die Gewerkschaften zernagt vom Bruderkampf zusammenbrechen und die Arbeiterschaft schutzlos der Profitgier des Unternehmertums und der Gewalt der Kahr und Eschericke ausgeliefert ist.

Aber die Vorgänge des gestrigen Tages geben auch der Regierung und den Unternehmern zu denken Anlaß. Große Teile des deutschen Proletariats befinden sich in einer erschrecklichen Not. Wenn diese Menschen, die seit Monaten sehr oft weit über ein Jahr, keine Arbeit und kaum das Brot zum Sattessen haben, in ihrer höchsten Verzweiflung sagen, uns ist alles egal, wir haben nichts mehr zu verlieren, dann sind nicht jene, die zu solch verzweifeltem Mittel greifen, allein die Schuldigen, die Hauptschuldigen sind jene, die nicht genug getan haben! Die Fürsorge der Regierung für die Erwerbslosen darf nicht allein bestehen in der Zahlung von Unterstützung. Sie muß unter allen Umständen Arbeit schaffen. Das Unternehmertum aber muß dazu angehalten werden, seine Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit zu erfüllen. Es darf nicht einfach — weil es sich nicht mehr lohnt — durch Stillegung von Betrieben, die Arbeitsbeschaffung sabotieren und skrupellos neue Arbeitermassen auf die Straße setzen.

Die Regierung kann versichert sein, daß die Arbeiterschaft sie rückhaltlos unterstützen wird, wenn sie die Forderungen des ADGB. nicht nur anerkennt, sondern auch durchführt. Nur auf diese Weise kann die große Gefahr, die aus der Not der Erwerbslosen für unser öffentliches Leben erwächst, gebannt werden. Allen jenen aber, die gewissenlos genug sind, diese Not für ihre politischen Zwecke auszunützen und nachher die Aermsten der Armen den Gerichten überlassen, rufen wir zu: „Hände weg von den Erwerbslosen!"

Säuberung in Stargard.

Stargard i. Pom., 10. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Wir berichteten am Montag, daß Verhandlungen zwischen den Berliner Regierungsstellen und den hiesigen Gefangenenlagern stattfinden sollten, um zu prüfen, in welcher Weise sich einzelne Wachmannschaften Uebergriffe gegen die internierten Ostjuden haben zuschulden kommen lassen. Die Untersuchung ist nun abgeschlossen und hat das Ergebnis gezeitigt, daß die Wachleute Erich Otto, Willnow und Raps wegen **schwerer Mißhandlungen** am Donnerstag **aus dem Dienst entlassen** worden sind, und daß deren Bestrafung erfolgt. Gegen drei weitere Leute schwebt das Verfahren; es ist noch nicht abgeschlossen. Die Internierten behaupten mit positiver Bestimmtheit, daß sie von einem Wachmann **mit dem Gewehrkolben geschlagen worden sind**, und daß dabei das Gewehr mitten **entzweigesprungen** ist, während die Wachleute dies bestreiten. Tatsache ist jedoch, daß das Gewehr eines Wachmannes am anderen Tage nach dem Brande in zwei Stücke geschlagen war, doch will der betreffende Wachmann mit dem Gewehrkolben auf den „Erdboden" (!) geschlagen haben. Die Wachleute wollen zu den Mißhandlungen von den Internierten gereizt worden sein. Daß die unglücklichen Opfer geschlagen und mißhandelt worden sind, hat die Untersuchung einwandfrei ergeben. Allen Wachleuten wird von jetzt ab ein Revers vorgelegt, worin sie sich unterschriftlich verpflichten, alle Mißhandlungen usw. zu unterlassen. Wer gegen diese Vorschrift verstößt, wird sofort entlassen. Hoffentlich läßt man die entlassenen Prügelhelden nicht laufen, sondern führt sie ihrer wohlverdienten Strafe zu.

Der Weg zum Richteramt verbarrikadiert. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags führte am Freitag die Beratung des Justizetats zu Ende. Aus den Debatten ist das offene Geständnis des Deutschnationalen Dr. Deerberg zu erwähnen, daß der weitaus größte Teil der Richter sich innerlich noch nicht auf den Boden der Republik gestellt hat. Um weiteren Volkskreisen den Weg zum Richteramt zu öffnen, hatten Sozialdemokraten und Demokraten den hier bereits ausführlich besprochenen Antrag gestellt, befähigte Personen aus allen Bevölkerungskreisen zur Staatsprüfung zuzulassen, auch wenn sie nicht den vorgeschriebenen Bildungsgang zurückgelegt haben. Wegen dieses Antrags hat bereits der „Lokal-Anzeiger" Lärm geschlagen mit der Behauptung, daß dadurch „die Rechtspflege untergraben" würde. Auch die Mehrheit des Hauptausschusses meinte, daß das heilige Monopol der zünftigen Juristen nicht angetastet werden dürfe, und stimmte den Antrag mit den Stimmen der beiden Rechtsparteien und des Zentrums nieder. Auch die Kommunisten stimmten dagegen, ließen aber nachher erklären, daß dies nur irrtümlich geschehen sei.

Erhöhung der Versicherungsgrenze für Angestellte. Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte an. Die Versicherungsgrenze wird auf 28 000 M. erhöht.

Deutsche Feldpolizei in Belgien.

Leipzig, 10. Juni. (VDZ.) Alsbald nach Eröffnung der Freitagsitzung hält Reichsanwalt Dr. Feistenberger die

Anklagerede:

Bisher hatten wir uns hier mit militärischen Delikten zu beschäftigen, während wir es heute mit Straftaten zu tun haben, die nach dem bürgerlichen Strafgesetzbuch zu beurteilen sind. Bei der Wertung von Kinderaussagen ist außerordentliche Vorsicht geboten. Schwerer als der Vorwurf der Mißhandlung erwachsener Gefangener ist der, daß der Angeklagte so gegen Kinder vorgegangen sein soll. Der Reichsanwalt kommt nach ausführlicher Untersuchung zu dem Schluß, daß die Geheimen Feldpolizisten Reichsbeamte waren. Zur Strafbarkeit nach § 145 RStGB. gehört die subjektive Kenntnis des Täters, daß er Beamter ist. Diese Kenntnis liegt vor. Der Angeklagte wußte, daß er nur Personen festnehmen durfte, die als Täter in Frage kamen. Er hat immer erklärt, daß es sich um die Aufklärung von Straftaten gehandelt habe. Wenn er heute sagt, er habe auch polizeiliche Vorbeugungsmaßregeln treffen wollen, so hat daran früher offenbar nicht gedacht. Jeder, der im öffentlichen Dienst steht, hat die Rechtmäßigkeit seiner Handlungen zu prüfen. Nach der Verordnung vom Dezember 1899, die die Grundlage des Verfahrens gegen Jugendliche bildete, ist die Festnahme Unverdächtiger unzulässig, wenn die Festnahme nur zu Ermittlungszwecken dienen soll. Was die Festnahme Verdächtiger betrifft, so hat das Bewußtsein von der Widerrechtlichkeit dem Angeklagten gefehlt. Der Reichsanwalt führt auch entgegengesetzte rechtliche Möglichkeiten an und fährt dann fort: Allerdings hat der Angeklagte gesagt, die Umstände hätten dies geboten erscheinen lassen; aber

jugendliche Personen braucht man nicht nachts aus dem Bette zu holen;

dazu ist morgens noch Zeit genug. Die Fesselung einer Reihe von Jugendlichen und das Zusammenbinden zweier Knaben sind ebenfalls unzulässig. Hier kommt auch das Sittengesetz in Frage. Der Angeklagte ist vielleicht

nicht mit Unrecht der Schrecken von Dendermonde genannt

worden. Der Angeklagte hat ferner die Haft der sechs Knaben, welche strafunmündig waren, obwohl die Untersuchung bereits im Dezember abgeschlossen war, noch über den 22. Dezember hinaus verlängert. Dadurch hat er gegen § 343 des Strafgesetzbuches verstoßen. Ein positiver Beweis dafür, daß er Jugendlichen Essen und Wasser entzogen hat, ist nicht erbracht. Diese Kinderaussagen sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Kinder lügen bewußt nur dann, wenn sie selbst etwas getan haben. Im übrigen aber kann man **nur wünschen, bei Erwachsenen so wenig bewußte Unwahrheit zu finden, wie bei Kindern.** Kinder sind abhängig von dem, was um sie vorgeht, weil sie nicht die Urteilsfähigkeit wie die Erwachsenen haben. Sie lassen sich daher auch mehr beeinflussen als diese. Die hier abgegebenen Kinderaussagen sind sicher übertrieben, können aber nicht als völlig unwahr angesehen werden. Das Verhalten des Angeklagten zeigt eine gewisse Härte und er war von starkem Ehrgeiz beherrscht. Dadurch wurde er veranlaßt, in den Mitteln nicht allzu wählerisch zu sein. Wenn der Angeklagte bei seiner Vernehmung durch die Reichsanwaltschaft

dauernd Ausflüchte

machte (die er auf die Besorgnis zurückgeführt hat, an Belgien ausgeliefert zu werden. Red.), so spricht dies nicht dafür, daß er ein ganz reines Gewissen hatte. Der Zweck des Vorgehens gegen die Kinder war die Erzielung von Geständnissen und von Angaben über andere. Wenn ein Kind so viele Wochen im Gefängnis gesessen hat, so prägt sich seinem Gedächtnis manches ein, was es sonst vergessen hätte. Eine Anzahl der Mißhandlungen, die von den Kindern behauptet werden, muß deshalb als erwiesen angesehen werden. Zu betonen ist, daß der Angeklagte den guten Zweck verfolgte, das deutsche Heer zu sichern. Aber manche Momente lassen die Tat des Angeklagten in wesentlich ungünstigerem Lichte erscheinen. Er mußte daran denken, daß

das Andenken des deutschen Namens geschädigt

werde. Besonders schwer wiegt es, daß er die Geständnisse von Kindern herausgeholt hat. Eine Zuchthausstrafe würde keine angemessene Sühne sein, mildernde Umstände können dem Angeklagten zugebilligt werden, denn aus ehrlosen Motiven hat er nicht gehandelt. Deshalb ist ein Ehrenrechtsverlust nicht am Platze.

Der Reichsanwalt beantragt am Schlusse seiner zweistündigen Rede eine Gesamtstrafe von **zwei Jahren Gefängnis** und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren.

Verteidiger Justizrat Dr. Kaiser-Leipzig geht zunächst auf den Sinn der ganzen Kriegsprozesse ein, die nicht der Gerechtigkeit, sondern der Rache dienten. Die feindlichen Staatsmänner wissen ganz genau, daß

Entgleisungen überall vorgekommen

sind. Es liegt ihnen aber nur daran, immer wieder aller Welt vor Augen zu führen, wie die Deutschen gehaust haben. Dem Angeklagten muß geglaubt werden, daß er sich nicht als Beamter, sondern als Soldat in der Etappe gefühlt hat. Wenn er in der ersten Zeit der Reichsanwaltschaft die Unwahrheit gesagt hat, so darf man ihn deshalb nicht als unglaubwürdig ansehen, denn er hatte das Recht, möglichst zurückhaltend zu sein, um der Entente nicht in die Hände zu arbeiten. Höchst bedenklich wäre es, die Verhältnisse, unter denen der Angeklagte im Herbst 1917 tätig war, jetzt im Jahre 1921 am grünen Tisch vom kühlen Rechtsstandpunkt aus würdigen zu wollen. Unsere Leute hatten die Pflicht, den Machinationen der feindlichen Einwohnerschaft im besetzten Gebiete energisch entgegenzuarbeiten. Mit dem Strafgesetzbuch in der Hand hätte der Angeklagte seine Aufgabe nicht erfüllen können. Das pflichtmäßige Ermessen bestimmt sich nicht nach dem Strafgesetzbuch, sondern nach den Kriegsnotwendigkeiten. Wenn der Angeklagte die Strafunmündigen freigelassen hätte und infolgedessen vielleicht zwei Tage später wegen einer neuen Störung der Signale ein Eisenbahnunglück sich ereignet hätte, sollte er dann seinen Vorgesetzten gegenüber sich etwa mit dem Strafgesetzbuch entschuldigen? (Das Publikum klatscht spontanen Beifall, wird aber vom Präsidenten energisch zur Ordnung verwiesen.) Was die Erpressung der Geständnisse anbetrifft, so ist den Kinderaussagen in keiner Weise Glauben beizumessen.

Es war eine Freude, die Jungen so lügen zu hören.

Ihre Angaben sind vollkommen unzutreffend. Bei den ganzen Verhältnissen des Gefängnisses war es vollkommen ausgeschlossen, daß der Angeklagte die Kinder fast täglich geschlagen haben sollte, ohne daß dies von anderer Seite beobachtet worden wäre. Auf den Angeklagten fällt auch nicht der Schatten eines Verdachts. Der Verteidiger beantragt, den Angeklagten in allen Punkten freizusprechen.

In seiner Erwiderung betont der Reichsanwalt, es entspreche nicht den Tatsachen, daß die Verfolgung der Kriegsdelikte auf Befehl der Entente erfolge. Sie geschehe vielmehr auf Grund der deutschen Gesetzgebung und es entspreche dem deutschen Rechtsempfinden, daß strafbare Handlungen auch zur Bestrafung gezogen würden.

Der Angeklagte bleibt dabei, die Kinder niemals geschlagen zu haben.

Das Urteil soll Sonnabend 1 Uhr verkündet werden.

Patriotismus und Geschäft.

Im Rheinlande sind Bestrebungen im Gange, die das deutsche Spiritusmonopol zertrümmern und ein rheinisch-französisches Spiritusmonopol aufrichten wollen. Die Abgeordneten Sollmann und Meerfeld haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz und zwischen rheinischen Spiritusinteressenten haben Verhandlungen zur Herbeiführung eines französisch-rheinischen Spiritusmonopols stattgefunden. Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt? Sind Maßnahmen getroffen, um das Durchbrechen des deutschen Spiritusmonopols zu verhindern?

Die Wiedergutmachungshäuser.

Paris, 10. Juni. (Havas.) In der Besprechung, die vor einigen Tagen im Ministerium für die befreiten Gebiete zwischen französischen und deutschen Sachverständigen über das deutsche Angebot an Frankreich, als Reparation 25000 Holzhäuser zu liefern, geführt wurden, wurde festgestellt, daß der Preis für diese Häuser bedeutend höher sei, als für die gleichen von der französischen Industrie gelieferten Modelle. Um eine beträchtliche Verminderung des Preises der verschiedenen Typen zu erreichen, wurden gewisse Aenderungen an den vorgelegten Plänen und Voranschlägen von der deutschen Delegation verlangt. Da diese keine endgültige Verpflichtung übernehmen konnte, wurde beschlossen, eine Kommission von Sachverständigen nach Deutschland in Begleitung eines Vertreters des Ministeriums für die befreiten Gebiete zu senden, die die fertiggestellten Konstruktionen an verschiedenen Plätzen wie Stuttgart, Berlin und seiner Umgebung besichtigen und von den Unternehmern gleichzeitig mit den verlangten Konstruktionsänderungen einen Preisnachlaß zu erzielen suchen soll, um die Preise mit den französischen in Einklang zu bringen.

*

Paris, 10. Juni. (WTB.) Wie „Petit Parisien" mitteilt, wird die französische Sachverständigenkommission, die über den Verkaufspreis der Häuser mit den Herstellern in Deutschland verhandeln soll, Sonnabend abreisen. Etwa acht Tage später werde der Minister für Wiederaufbau in der Lage sein, die Entscheidung über das deutsche Angebot zu treffen.

Erst zerstören, dann neubauen.

Paris, 10. Juni. (EP.) In der Deputiertenkammer führte Bouisson (Soz.) zur Marinevorlage aus: Wäre es nicht besser, statt soviel Schiffe zu bauen, den Artikel 190 des Versailler Vertrages zu revidieren, der Deutschland erlaubt, Kreuzer bis zu 6000 Tonnen und Panzer bis 10 000 Tonnen zu bauen? Warum 36 U-Boote bauen, während Deutschland gemäß dem Versailler Friedensvertrag 34 dieser Schiffsgattung liefern muß und wir 24 zu zerstören verpflichtet sind?" Der Berichterstatter Denise erklärte, daß die Kommission ihr bestes getan habe, um diese unsinnige Zerstörung zu vermeiden, sie habe sich jedoch den Beschlüssen des Obersten Rates fügen müssen. Der Berichterstatter für die Finanzkommission, Chappedelaine, unterstützte Bouissons Vorschlag, die Artikel des Friedensvertrages von Versailles, welche die Schiffskräfte Deutschlands betreffen, zu revidieren, er werde jedoch für die Vorlage stimmen, weil sie als ein Minimum erscheine, und Frankreich müsse in der Lage sein, seine Neutralität anderen Mächten gegenüber im Falle eines Krieges zu verteidigen.

Begnadigung französischer Meuterer.

Paris, 10. Juni. (TU.) Auf Antrag des Justiz- und Marineministers hat der Präsident der Republik eine Reihe von Begnadigungsmaßnahmen zugunsten der aufständischen Seeleute im Schwarzen Meere getroffen. Der Marineminister wird heute die Liste der begnadigten Seeleute, ungefähr 20 an der Zahl, bekanntgeben. (Es handelt sich um die vom Kriegsgericht verurteilten sogenannten „Rädelsführer" der Matrosenmeuterei, die vor Odessa und Sebastopol im Frühjahr 1919 an Bord mehrerer Kriegsschiffe ausgebrochen war. Die Matrosen erklärten damals, der Krieg, den man sie gegen die Bolschewiki zu führen zwinge, sei verfassungswidrig, da eine Kriegserklärung nicht erfolgt sei. Auf das ausdrückliche Versprechen des kommandierenden Admirals, daß man sie nach Frankreich zurückbefördern und daß ihnen nichts geschehen würde, gaben die Matrosen die von ihnen gefangengenommenen Offiziere wieder frei. Kaum in Toulon wieder angelangt, wurden sie jedoch eingesperrt und verurteilt. Die sozialistische Partei führte seit zwei Jahren für die Begnadigung einen hartnäckigen und bisher erfolglosen Kampf.)

Deutschlands Zahlungen.

Paris, 10. Juni. (Dena.) Die Reparationskommission gibt amtlich bekannt: In Ausführung des Artikels V des Zahlungsplans hat Deutschland bis heute rund 840 Millionen Goldmark in Gestalt von Schatzbons mit Fälligkeit am 31. August 1921 und rund 200 Millionen Goldmark in fremden Devisen gezahlt. Der überschießende Betrag von etwa 40 Millionen Goldmark wird zur Amortisierung eines Teils der vorerwähnten Schatzbons Verwendung finden.

Front- und Besitzwechsel der „Times". Aus London wird der TU. gemeldet, daß die „Times" in das Lager der Regierung übergeht. Lord Northcliffe soll diese teure Zeitung, die ihm wöchentlich 2500 Pfund kostet, veräußern wollen. Der reiche Reeder Sir John Ellermann hat bereits die Anteile angekauft. Der „Outlook" nennt die Erwerbung der „Times" einen persönlichen Erfolg Lloyd Georges. Dieser hatte sich immer schon geärgert, daß die „Times" in den Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich nicht auf seine Seite getreten sei.

Zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien ist ein Abkommen abgeschlossen worden, in dem die beiden Staaten sich gegenseitige Hilfe zusichern für den Fall eines unprovozierten Angriffs durch Ungarn.

Die ewig Steuerscheuen. Der Reichslandbund veröffentlicht eine Entschließung, in der er gegen die bekanntgewordenen Steuerprojekte zur Erfüllung des Ultimatums Stellung nimmt. Insbesondere protestiert er gegen das Steuerprojekt, das darauf abzielt, den Goldwert des Grund und Bodens mit einer 20prozentigen Zwangshypothek zu belasten. Er sieht darin den ersten Schritt zu einer Verstaatlichung des Grund und Bodens und der Vernichtung des deutschen Bauernstandes. — Natürlich enthält die Entschließung auch eine theoretische Bereitschaftserklärung der Landwirtschaft, die „schwersten Opfer" zu bringen. Aber sobald praktische Vorschläge gemacht werden, dann ertönt jedesmal ein lautes Nein.

Die „Deutsche Zeitung" bringt unter großer Aufmachung eine Pariser Meldung, wonach der Admiral v. Holtzendorff durch das Reichsgericht unter Anklage gestellt werden soll. In seiner Entrüstung hat das Blatt vergessen hinzuzufügen, daß der betreffende Admiral schon seit etwa zwei Jahren — gestorben ist. Ebenso reingefallen sind der „Reichsbote" und die „Tägliche Rundschau".

Zum Verbandstag der Glasarbeiter.

Der Verband der Glasarbeiter hält vom 12.—18. Juni seinen Verbandstag in Weißwasser (O.-L.), dem größten Glasindustrieort der Welt ab. Aus kleinen Anfängen heraus ist der Verband der Glasarbeiter erstarkt. Vor dem Krieg 18 000 Mitglieder zählend, werden jetzt 65 000 Arbeiter in der Organisation gemustert; damit umfaßt die Organisation fast die gesamten Arbeiter der Glasindustrie.

Die Delegierten haben eine reiche Tagesordnung zu erledigen. Waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie vor dem Krieg äußerst trostlos, so ist durch emsige Arbeit in den Arbeits- und Tarifgemeinschaften ein ganz bedeutender Fortschritt erreicht worden; trotzdem besteht unter einem verschwindend kleinen Teil der Mitglieder die Auffassung, daß die Arbeitsgemeinschaften zu beseitigen sind. Der Verbandstag aber wird beschließen, daß die Arbeitsgemeinschaften beibehalten werden, weil es im Interesse der Mitglieder liegt.

Der Vorwurf, daß die „Gewerkschaftsbureaukratie" nur nach neuen Unterstützungseinrichtungen sinnt und dabei die Interessen der Arbeiter zurückstellt, wird dadurch entkräftet, daß von einem großen Teil der Glasarbeiter die Gründung einer Pensionskasse verlangt wird und die Mitglieder sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, dafür sehr hohe Beiträge zu leisten. Das Problem ist allerdings sehr schwierig zu lösen, denn die Unfallgefahr ist in der Glasindustrie nicht gering und durch die schwere Arbeit tritt sehr früh Invalidität ein. Bei der großen Bedeutung, die einer solchen Einrichtung in den Kreisen der Glasarbeiter beigelegt wird, ist eine eingehende Beschäftigung damit zu erwarten.

Auch die Sozialisierung der Glasindustrie ist auf die Tagesordnung gesetzt. Die Glasindustrie Deutschlands ist vornehmlich Exportindustrie, und besonders nach der Kriegszeit haben die Industriellen ungeheuerliche Gewinne erreicht. Diese Ueberschüsse flossen nun in die Hände der Kapitalisten, während die Arbeiter, trotz der günstigen Verhältnisse, schwere Auseinandersetzungen mit den Industriellen führen mußten. Die Glasindustrie hat in technischer Beziehung nur geringe Umwälzungen erfahren, noch heute ist ein Teil der Industriellen tätig, die früher selbst als Glasarbeiter arbeiteten, aber über ungeheure Vermögen verfügen. Bei dem finanziellen Zusammenbruch unseres Staatswesens darf nicht mehr zugegeben werden, daß eine so ungeheure Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit möglich ist. Die Glasarbeiter fordern deshalb mit allem Nachdruck, daß die Glasindustrie sozialisiert wird und erklären, daß die technische Leitung aller Betriebe sehr leicht von der intelligenten Arbeiterschaft durchgeführt werden könnte und die gewaltigen Gewinne zur Deckung unserer ungeheuren Ausgaben Verwendung finden dürften.

Die Frage Amsterdam oder Moskau wird nur eine untergeordnete Rolle spielen, falls sie überhaupt behandelt werden sollte. Die Anhängerschaft von Moskau ist zwar in den letzten Wochen, besonders bei der Wahl der Delegierten emsig tätig gewesen, aber sie hat bei dem gesunden Sinn der deutschen Glasarbeiter mit den zersetzenden Tendenzen Moskaus keinen Boden gefunden.

Zu einer längeren Aussprache dürfte die Beitragserhöhung und die Erhöhung der Unterstützungssätze führen. Der Verdienst in der Glasindustrie ist sehr verschieden, weshalb die Beiträge gestaffelt sind. Der höchste Beitrag von 3 Mk. wöchentlich, wird mit Leichtigkeit auf 5 Mk. erhöht werden können, doch dürfte es schwierig werden, die niedrigen Beitragsklassen für die Arbeiter, deren Verdienst nur minimal ist, in ähnlicher Weise zu erhöhen.

Der Verbandstag wird zugleich eine internationale Heerschau werden und gewinnt dadurch wesentlich an Bedeutung. England hat 3, Frankreich 2, die Tschechoslowakei 5, Belgien, Holland, Dänemaark, Oesterreich und Schweden haben je einen Vertreter gemeldet. Es sind also aus 8 Ländern 15 Vertreter zu erwarten, so daß damit der Beweis erbracht ist, daß die internationale Bewegung der Glasarbeiter vorwärts marschiert.

Wir begrüßen hiermit den Verbandstag der Glasarbeiter in Weißwasser und hoffen, daß die umfangreiche Tagesordnung zum Besten der Mitglieder erledigt wird. Die deutschen Glasarbeiter haben ihre Organisation über die schwierigsten Stürme hinweggebracht, und der Verbandstag wird dazu beitragen, daß die Organisation ein starkes Bollwerk gegen jede Unterdrückung bildet und den Aufstieg der Glasarbeiter aus tiefer sozialer Not ermöglicht.

Gewerkschaftsbewegung

Vermessungstechnikerlehre.

Wohl sehr wenig bekannt ist der Beruf des Vermessungstechnikers, in verschiedenen Gegenden auch Feldmesser oder Geometer genannt. Der Vermessungstechniker genießt seine Ausbildung in einem Vermessungsbureau, oft auch technisches Bureau genannt, oder aber bei Kommunal- und Reichsbehörden. Während die Ausbildung früher drei, vier und fünf Jahre dauerte, braucht der zukünftige Vermessungstechniker jetzt vier Jahre bei einem dem Verband selbständiger vereideter Landmesser in Preußen angehörenden Landmesser zu seiner Ausbildung. Verpflichten sich die Eltern, den Lehrling auf ein Jahr auf eine staatliche Baugewerkschule zu schicken, verringert sich die Lehrzeit auf drei Jahre. Infolge der großen Unkenntnis drängen sich viele junge Leute zu diesem Beruf, der an die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit des jungen Mannes die höchsten Anforderungen stellt.

Der Vermessungstechniker muß örtliche Aufmessungen selbständig vornehmen, mit der häuslichen Bearbeitung der Aufmessungen, mit der mathematischen Berechnung aller Figuren und Flächen vertraut sein. Man verlangt von ihm die Anfertigung von Plänen, wozu eine gute Hand-, Rund- und Kartenschrift gehört. In vielen Bureaus werden die Vorarbeiten für Eisenbahn-, Wege- und Straßenbauten, für Be- und Entwässerungsanlagen von Vermessungstechnikern ausgeführt. Andere Arbeiten aufzuführen, verbietet der zur Verfügung stehende Raum.

Vor dem Eintritt in ein Vermessungsbureau wird den Eltern des jungen Mannes der Beruf in den rosigsten Farben geschildert. Der Inhaber eines Vermessungsbureaus macht Versprechungen, die vielfach nicht eingehalten werden können, weil es an Arbeit mangelt. Viele Vermessungsbureaus haben kurze Zeit viel zu tun, nachher aber lange Zeit gar nichts oder sie bekommen nur kleine Aufträge, die keine gute Ausbildung gewährleisten. In Preußen gibt es eine Reihe von Vermessungsbureaus, welche 1 bis 8 Lehrlinge und keine Techniker, andere noch mehr Lehrlinge und nur 1 oder 2 Techniker beschäftigen. Vielfach haben hier die Lehrlinge die Geschäfte der Arbeiter (Maßgehilfen) mitzumachen, wobei der Inhaber die Arbeiterlöhne spart. Dem Auftraggeber werden selbstverständlich die Sätze für einen Maßgehilfen angerechnet. Daß in Bureaus ohne genügende Aufsicht die Ausbildung nur mangelhaft sein kann, leuchtet ohne weiteres ein. Vermessungstechniker, die in solchen Bureaus ausgebildet worden sind, sehen sich gezwungen, in anderen Betrieben das nachzuholen, was ihnen nicht gezeigt werden konnte. Die Bezahlung ist natürlich so minimal, daß die Eltern gezwungen sind, den Sohn noch über das 18. Jahr hinaus zu unterstützen. Die Lehrlingsgesuche erscheinen in kurzer Zeit! Eltern, seid vorsichtig bei der Auswahl des Berufes für eure Kinder! Erkundigt Euch bei den betreffenden freien Gewerkschaften über die Aussichten eines Berufes vor Unterschreiben des Lehrvertrages. Auskunft über das Vermessungswesen erteilt bereitwilligst nach vorheriger schriftlicher Anmeldung der Genosse Vermessungstechniker Karl Zemlin, Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 37, Gths. I.

Sturm gegen eine Verbindlichkeitserklärung.

Vor der Zivilkammer des hiesigen Landgerichts fand am Freitag eine Verhandlung statt, bei der Fragen von höchstem Interesse für alle Gewerkschaften entschieden werden sollten. Kläger war der Arbeitgeberverband der Kaliindustrie, vertreten durch Rechtsanwalt Brinkmann, Beklagte waren der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter, der Verband der Heizer und Maschinisten, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und der Deutsche Metallarbeiterverband. Der Kläger beantragte, festzustellen, daß der Reichsarbeitsminister nicht befugt war, den Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium gebildeten Schlichtungsausschusses vom 20. November 1920, der in einer Lohnstreitsache zwischen den Parteien gefällt war, für verbindlich zu erklären und daß die Beklagten aus diesem Schiedsspruch für sich und ihre Mitglieder keine Rechte herleiten können. Ferner das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären und die Kosten des Verfahrens den Beklagten aufzuerlegen.

Als Vertreter der Beklagten beantragte Genosse Rechtsanwalt Heine, die Klage abzuweisen.

Die Kammer beschloß, das Urteil am 24. Juni zu verkünden.

Unwirtschaftlichkeit der Eisenbahnverwaltung.

Darüber wird uns von dem Vorsitzenden eines Betriebsrats geklagt:

Unter der Flagge des Sparens segeln die Herren der Direktion in ihren Aemtern herum und geben Anweisungen, die auf das Gegenteil hinauslaufen. Der § 70 des Betriebsrätegesetzes, wonach der Betriebsrat ermächtigt ist, die Verwaltung durch Rat zu unterstützen, wird einfach sabotiert, wirklich praktische Vorschläge bleiben unbeachtet. Trotz aller Proteste gegen die Vergebung der Arbeiten im Hochbau an Unternehmer wird weiter gewurstelt. Es soll vielmehr nachzuweisen versucht werden, daß die Ausführung der Arbeiten durch Privatunternehmer vorteilhafter ist. Den Unternehmern wird durch Zurverfügungstellen von Eisenbahnern die Arbeit möglichst erleichtert, um so den Beweis zu liefern, den man sucht. Den Eisenbahnarbeitern aber, die solche Arbeiten verrichten, werden sie künstlich erschwert. Kommt da z. B. eine Wirtschaftskommission in der Dienststelle mit der Theorie: auf je ein Kilometer Hauptgleis ein Kopf pro Jahr, auf ein Kilometer Nebengleis die Hälfte, zusammen soundsoviel Köpfe; augenblicklich 39 Mann. In Friedenszeiten hatte dieselbe Dienststelle 78 Mann. Das für 1920/21 vorgeschriebene Arbeitspensum ist derartig bemessen, daß 80 Mann beschäftigt werden müßten. Bei den unteren Kategorien wird „gespart" und wenn dabei auch noch so wertvolles Material verfahren und rascherem Verfall ausgesetzt wird. Dabei sitzen die Herren oben und rechnen genau aus, was ein Lokomotivpfiff kostet, anstatt sich mit praktischen Aufgaben zu befassen. Die Betriebsräte werden bei allen wichtigen Fragen ausgeschaltet und drangsaliert. So wird die Arbeitslust gehemmt und die unteren Gruppen geben jeden Versuch als nutzlos auf, bessernd einzugreifen.

Ueber Finnland.

Gegenüber den hier veröffentlichten Zuschriften deutscher Arbeiter und Angestellten in Finnland über ihre dort erlebten Enttäuschungen, schreibt uns die Deutsch-Finnische Vereinigung von 1918 in Berlin:

„Finnland ist eins der wenigen Länder, in dem der Deutsche noch angesehen ist und zuvorkommend, größtenteils sogar in herzlicher Freundschaft aufgenommen wird. Das finnländische Volk erinnert sich dankbar der Befreiung seines Vaterlandes von bolschewistischem Schrecken und zaristischem Joch durch die deutschen Truppen im Jahre 1918, was sich auch darin zeigt, daß in diesem Sommer wieder 400 Ferienkinder und eine große Anzahl erholungsbedürftiger Studenten durch Vermittlung des Städtischen Jugendpflegeamts, der Deutsch-Finnischen Vereinigung und der Deutschen Studentenschaft völlig kostenlos zu achtwöchentlichem Ferienaufenthalt nach Finnland eingeladen wurden. Vor der Einwanderung nach Finnland muß allerdings im Augenblick gewarnt werden, da der Lebensunterhalt drüben teurer ist als hier, und sich sehr viele Deutsche bereits in dem dünnbevölkerten „Land der tausend Seen" befinden."

In dieser als „Berichtigung" gedachten Zuschrift wird im letzten Satze durchaus bestätigt, was der „Vorwärts" veröffentlichte. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn die Deutsch-Finnische Vereinigung ihren Einfluß dahin geltend machte, daß bei Stellenangeboten aus Finnland nicht unzureichende Lohnvorschläge genannt werden, von denen man in Finnland weiß, daß sie ungenügend sind. Wenn deutsche Arbeiter für Finnlands Reichsdruckerei geworben werden, müßte in erster Linie ein auskömmlicher Lohn geboten werden. Wenn finnischen Unternehmern in dieser Beziehung Vorwürfe zu machen sind, so ist damit nichts gegen das finnländische Volk gesagt, das für Deutschland hoffentlich aus anderen Gründen Zuneigung hegt, als etwa lediglich wegen der Mitwirkung des preußischen Militarismus an der Niederschlagung seiner Revolution. Kurzum, es bleibt dabei: vor Arbeitsannahme in Finnland muß gegenwärtig gewarnt werden.

Die Berliner Friseurgehilfen nahmen am Donnerstag in den Bubi-Sälen den Bericht vom Verbandstag entgegen. Zobel gab zunächst einen eingehenden Ueberblick über den Geschäftsbericht der Verbandsleitung für die Jahre 1919 und 1920. Die aufgeworfene Frage einer Verschmelzung des Verbandes mit dem Bekleidungsarbeiterverband wurde als verfrüht zurückgestellt, auf Grund des vorliegenden Schriftwechsels. Der Würzburger Delegierte habe die Berliner angegriffen und ihnen besonders bezüglich des Streiks unberechtigte Vorwürfe gemacht. Hierauf schilderte Redner den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen. Matuschke verwies auf die vom Verbandstage betonte Notwendigkeit, von den Rechten des Betriebsrätegesetzes weit mehr als bisher Gebrauch zu machen, insbesondere für die Wahl von Betriebsobmännern und Betriebsräten in den größeren Geschäften zu sorgen. Weiter aber auf den Beschluß, um der Ueberfüllung des Berufes durch die Lehrlingszüchterei zu steuern, die Aufnahme neuer Lehrlinge während der nächsten zwei Jahre zu unterbinden. Eingehend befaßte sich Redner mit der Entschließung des Verbandstages zur allmählichen Ueberleitung des Friseurgewerbes in gemeinwirtschaftlichen Betrieb. Der dritte Delegierte, Genosse Schwanz, berichtete über die Beschlüsse zur Herbeiführung der vollständigen Sonntagsruhe, wobei er näher auf die Vorgänge in Sachsen einging, wo die probeweise Einführung der Sonntagsruhe während der Sommermonate dieses Jahres angeordnet war, auf Drängen der Friseurinnungen jedoch die Verordnung wieder zurückgezogen wurde. Auch die Neuregelung der internationalen Beziehungen berührte der Redner und trat dafür ein, das internationale Sekretariat in Deutschland zu behalten.

Vor Beginn der Aussprache über die Berichte erfolgte die Wahl der Beisitzer zum Verbandsvorstand. Gewählt wurden Schwanz, Küchler, Hartmann, Etzkorn und Heidebring. Zu Revisoren der Hauptkasse wurden Stengert, Porr und Nölte gewählt. Der Verbandsvorsitzende Lorenz stellte fest, daß die drei Fraktionen der Linken im Plenum des Sächsischen Landtags am 2. Juni geschlossen für die Sonntagsruhe stimmten, die jedoch mit 41 gegen 35 Stimmen abgelehnt wurde. Etzkorn ersuchte um gehörige Beachtung der Verbandsbeschlüsse und um Mitarbeit zu ihrer Durchführung.

Als 2. Vorsitzender des Zweigvereins wurde Präschke, als Revisor Simon gewählt. Beschlossen wurde, den Lokalbeitrag auf 75 Pfg. festzusetzen, womit der Wochenbeitrag ab 1. Juli 3,75 M. beträgt.

Zum Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes teilt das Reichsarbeitsministerium mit, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, mit diesem Entwurf eine Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt einzuführen. Die freie Entschließung des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers soll durch den Entwurf in keiner Weise beeinträchtigt werden. Sein Ziel ist ausschließlich, die vorhandene Organisation des Arbeitsnachweiswesens zu festigen und zu vereinheitlichen und damit sowohl dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer, darüber hinaus aber auch den allgemeinen Bedürfnissen des Wirtschaftslebens zu dienen.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Das Reichsarbeitsministerium hat den Nachtrag vom 8. April 1921 zum Tarifvertrag vom 30. Januar 1920 für die Angestellten der Herren- und Knabenkonfektion, Damen- und Mädchenmäntelkonfektion und Blusen- und Kleiderkonfektion für die Einheitsgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Februar 1921 für allgemein verbindlich erklärt.

Im Waldenburger Bergrevier ist, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, eine weitere Entspannung eingetreten. Am Freitag morgen ist die Arbeit nicht nur im Waldenburger, sondern auch im Neuroder Bergrevier, in dem Donnerstag noch gestreikt wurde, fast vollständig wieder aufgenommen worden. Es herrscht Ruhe; zur Sicherheit bleibt aber eine Hundertschaft Schutzpolizei einstweilen noch im Waldenburger Gebiet.

Die Delegiertenkonferenz der englischen Bergarbeiter beschloß die Vornahme einer Abstimmung über die Annahme der Bedingungen der Grubenbesitzer. Die Abstimmung soll am Mittwoch stattfinden und das Ergebnis am Freitag festgestellt werden. Nach einer TU.-Meldung besagen die neuen Vorschläge der Unternehmer u. a., daß der Minimallohn um 20 Proz. höher (?) sein wird als die Löhne der Vorkriegszeit.

Aus der Betriebsrätepraxis.

§ 36 BRG. — Geschäftsführungskosten des Betriebsrates. Der Gewerberat Spandau hat am 26. Januar 1921 unter Tagebuch-Nr. 199 folgenden Entscheid gegeben: „Aus der Besprechung, die am 25. d. M. im Verwaltungsgebäude der S.-Werke stattfand und an welcher seitens der Firma die Herren B. und D., seitens des Angestelltenrates die Herren A. und K. sowie der Unterzeichnete teilnahmen, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angestelltenrat zur Durchführung der ihm im Betriebsrätegesetz gestellten Aufgaben, namentlich zur Beseitigung von Zweifeln und Unklarheiten und zur Vermeidung von Zeitverlusten eine Liste derjenigen Angestellten führen muß, deren Vertretung dem Angestelltenrat obliegt. —

Meine Entscheidung geht somit dahin, daß die Firma S. gemäß § 36 des Betriebsrätegesetzes verpflichtet ist, dem Angestelltenrat außer den allgemeinen Geschäftsbedürfnissen das für eine Liste der Angestellten nötige Schreibmaterial unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. —

Gegen diese Entscheidung ist binnen einem Monat nach ihrer Zustellung die Beschwerde an den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin zulässig.

gez.: Unterschrift.

Angestellte im Buchdruck- und Buchbindereigewerbe! Oeffentliche Versammlung Montag 6½ Uhr im Weißen Saal der Sophiensäle, Sophienstr. 17/18. Es gilt, die Kampfansage der Unternehmer zu beantworten. Jeder Angestellte muß erscheinen. Afa, Ortskartell Groß-Berlin.

Wirtschaft

Rückgang des englischen Außenhandels. Der Wert der englischen Einfuhr im Monat Mai betrug 86 308 308 Pfund Sterling. Das bedeutet im Vergleich zum Mai des Vorjahres einen Rückgang um 80 105 724 Pfund Sterling. Die Ausfuhr belief sich im gleichen Monat auf 43 088 418 Pfund Sterling, gegen das Vorjahr ein Rückgang um 76 231 004 Pfund Sterling. Die Wiederausfuhr betrug 7 231 836 Pfund Sterling, das sind 13 028 242 Pfund Sterling weniger als zur gleichen Zeit des Jahres 1920.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: NW. 40, In den Zelten 23.

Sonnabend, den 11. Juni:

Eine Wanderleiterkonferenz findet heute abend um ½7 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, mit einem Lichtbildervortrag: „Wald und Wandern" statt.

Moabit: Wanderung Potsdam—Lienewitzsee. Treffpunkt 7 Uhr Strom-, Ecke Turmstraße. — **Prenzlauer Vorstadt:** Wanderung Tiefensee—Gamengrund—Leiberung—Blandsee. Treffpunkt 7 Uhr Danziger, Ecke Weißenburger Straße. — **Schöneberg I:** Wanderung Pötzer Vordersee. Treffpunkt 5 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz.

Sonntag, den 12. Juni:

Hermsdorf: Wanderung Lehnitzsee. Treffpunkt ½6 Uhr Bahnhof. — **Mariendorf:** Wanderung Motzener See. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof. — **Neukölln-Süd:** Besuch der Treptower Sternwarte. Treffpunkt 7 Uhr Herzbergplatz. — **Pankow:** Spaziergang. Treffpunkt 8 Uhr Kirche. — **Prenzlauer Vorstadt:** Wanderung Strausberg—Bötzsee. Treffpunkt 6 Uhr Danziger, Ecke Weißenburger Straße.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.